Nummer 435

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag, Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspeditoren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 5 gespaltene Zeile 1,50 Mk. Kleinanzeigen 4 Mk.
Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kursteil, Jahrschein-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Ueberschriften
Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal
Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Donnerstag, 25. September 1919 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Die Valutafrage im Ausschuß.

Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung setzte gestern die Beratung des Etats des Finanzministeriums fort. Abg. Dr. Rießer (D. Vpt.) besprach die Valutafrage, die wegen des mangelnden Vertrauens im Auslande auf die Wiedergesundung unserer inneren Verhältnisse brennend geworden sei. Durch die soll ungünstige Einfluß im Westen wegen Fehlens der Zollgrenze und durch die Gefahr einer Einmischung des Auslands in unsere industriellen Verhältnisse habe sich die Sachlage verschlechtert. Zur Untersuchung der Valutafrage hätte längst ein Sachverständigenausschuß berufen werden sollen. Finanzminister Erzberger ging vertraulich auf die Valutafrage ein. Im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsamt seien Maßnahmen zur Wiederhebung der deutschen Valuta in Vorbereitung. Die Abbürdung der schwebenden Schuld liege ihm ebenso am Herzen wie die Hebung der Valuta. Die besten Steuergesetze würden durch die schlechte Valuta unwirksam gemacht. Nichts sei wirksamer für einen und günstigen Valutastand als die Arbeit des deutschen Volkes. Beim Fortbestehen der bisherigen Verhältnisse würde ein Teil Europas an der Valuta verhungern, ein anderer Teil im Fett ersticken. Unbedingt notwendig seien neue Folgerungen im Westen. Die gewünschte Sachverständigenkommission sei für nächsten Montag berufen. Eine allgemeine durchgreifende Sanierung könne nur durch eine große Anleihe kommen, die durch eine internationale Konferenz in die Wege geleitet und mit Hilfe Amerikas durchgeführt werde. Abg. Wurm (U. Soz.) stimmte den Ausführungen zu und verlangte, daß alles getan werde, um diesbezüglich mit Amerika zu einer Verständigung zu kommen.

Auch Abg. Dr. Pachnicke erörterte die Valutafrage und erkundigte sich, ob der Gedanke über die Abstempelung der Banknoten fallen gelassen sei. Minister Erzberger betonte, daß er die Abstempelung der Papiere nicht vorgenommen habe, wohl aber die Anmeldepflicht und den Umtausch der Wertpapiere als Maßnahme gegen die Kapitalflucht. Er könne darauf nicht verzichten. Dem Sachverständigenausschuß würden neue Vorschläge darüber am nächsten Montag unterbreitet werden. Die Ansätze des Etats des Finanzministeriums wurden genehmigt bis auf die Beamtenstellen für die Landesfinanzämter, worüber erst in einem Unterausschuß verhandelt werden wird. Genehmigt wurden die Etatsansätze der Zölle, Steuern und Gebühren, ebenso eine Position von 147 760 Mk. für ein neu zu errichtendes Reichsmonopolamt für Branntwein. Bei den einmaligen Ausgaben wurde die Position von 520 000 Mk. zur Ausstattung von Dienstwohnungen für vier Reichsminister bestandet. Minister Erzberger kündigte einen Gesetzentwurf über die Pensionsbezüge der parlamentarischen Minister an. Er sagte ferner auf Anregung des Abg. Stücklen (Soz.) die Einrichtung einer zentralen Abwicklungsstelle für die Heereseinrichtungen zu. Hierauf werden die Ansätze genehmigt. Die Position von 305 Millionen Mark für Ueberneuerungszuschüsse an Siedlungs- und Bauunternehmungen wurde auf 350 Mill. erhöht. Bei der Position für Erwerbslosenfürsorge richtete Dr. Pachnicke an die Regierung die Anfrage, ob und wann diese Fürsorge ablaufen und in eine Versicherung umgewandelt werde. Wie ein Regierungsvertreter mitteilte, sind darüber kommissarische Verhandlungen im Gange. Eine Position von 68,2 Mill. Mk. zur Deckung übernommener Tabakkredite wurde genehmigt. Die Abgg. Wurm (U. Soz.) und Deichmann (Soz.) hatten diese Forderung beanstandet. Ein Regierungsvertreter wies demgegenüber darauf hin, daß der betreffende Tabak im Interesse der Heeresverwaltung hätte eingeführt werden müssen. Da deutsche Banken das Valutarisiko nicht übernommen hätten, sei dies durch das Reich geschehen. Der betreffende Verlust sei durch den Verschlag der deutschen Mark entstanden. Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Für die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands und die Sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung haben folgendes Telegramm an die Sozialistische Fraktion der französischen Kammer gesandt: „Im Namen der Menschlichkeit bitten wir die sozialdemokratische Kammerfraktion, alle Kraft für die schnellste Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen. Die Fraktion erwirbt sich den Dank von Hunderttausenden unglücklicher Frauen und Kinder, deren seelische Not bei der deutschen Kriegsgefangenen und englischer und amerikanischer Hand ins Ungemessene steigt, wenn die französische Regierung die in ihrer Gewalt befindlichen Gefangenen noch länger zurückbehält."

„Freiheit", „Vorwärts" und „Times".

Die Quittung für geleistete Vorspanndienste.

Amsterdam, 24. September.

In einem Artikel mit dem Titel „Die baltischen Staaten und die Alliierten" verlangen die „Times", daß die alliierten und assoziierten Mächte energisch auf der sofortigen Erfüllung ihrer Forderungen nach Räumung der baltischen Provinzen durch die deutschen Truppen bestehen sollen. Das Blatt knüpft an die letzten Berichte der „Freiheit" und des „Vorwärts" über Transporte von Truppen und Material nach Kurland folgende Aufzeichnung an: Es bestehen nur zu viel Ursachen, der Behauptung der „Freiheit", daß Kurland allmählich in ein riesiges Militärlager umgewandelt werde, Glauben zu schenken. Die Entscheidung der deutschen Regierung, daß sie die deutschen Truppen in Kurland nicht zum Gehorsam zwingen könne, sei unglücklich. Jedenfalls hätten Regierungen, die so etwas nicht können, keinen Anspruch darauf, als Regierung behandelt zu werden. Präsident Wilson habe dies schon im Juni 1917 vorausgesehen, als er in einer Rede in Washington sagte, das große Ziel Deutschlands sei, einen breiten Gürtel deutscher militärischer Macht und wirtschaftlichen Einflusses quer durch das Zentrum Europas bis an das Herz Asiens zu leiten (!). Die „Times" fragen, wie die jetzige Haltung der alliierten und assoziierten Mächte und der Regierung Lloyd Georges gegenüber diesen Bestrebungen sei. Die Versicherungen, die in der letzten Zeit aus Paris und London gekommen seien, reichen nicht aus, um das Publikum zufrieden zu stellen. Zum Schluß spricht sich die „Times" für eine ausgedehntere Unterstützung der baltischen Staaten, „wenigstens in Waffen und Kriegsmaterial", aus.

Wilson gegen d'Annunzio.

Die Entente und Fiume.

Bern, 24. September.

„Perseveranza" läßt sich aus Rom melden, Wilson habe die Alliierten wissen lassen, daß er sich weigere, auf das zwischen England, Frankreich und Italien über Fiume getroffene Abkommen zu antworten, solange die Stadt von d'Annunzio besetzt sei.

*

Bern, 24. September.

Mit Ausnahme der „Idea Nationale", die wegen der unheilvollen Lage des Landes im Innern die Einberufung des Kronrates für berechtigt hält, kritisiert die regierungsfeindliche Presse diese Maßnahme, die die Unruhen nur noch verschlimmern und den Glauben an die Tatkraft und Beherrschung der Lage erschüttern. Ähnlich der „Tribuna" erklären auch andere Blätter, daß die heutige Lage die gefahrvollste sei, die Italien jemals durchgemacht habe. Die politische Zukunft des Landes und Erhaltung der auswärtigen Beziehungen stehe auf dem Spiel. „Perseveranza" fordert alle Besonnenen zu energischeren Maßnahmen gegen rebellische Volkshöfe auf, die mit ihrem Vorgehen Italien sabotieren. Der römische Berichterstatter der „Perseveranza" hält die Lage des Kabinetts für kritisch. Man müsse hoffen, daß es der Regierung gelingen werde, wenn auch unter Opfern, zu einer Verständigung mit dem Kommando in Fiume zu kommen. „Italia" warnt vor einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten und den Südslawen, der politisch, militärisch und wirtschaftlich ernste Folgen haben würde.

D'Annunzio gut verproviantiert.

Zürich, 24. September.

D'Annunzio hat angeordnet, daß sämtliche fremden Staatsangehörigen von Fiume abgeschoben werden und zwar angeblich aus politischen Gründen. Er soll so reichlich mit Lebensmitteln versehen werden, daß eine Nationierung in Fiume nicht erforderlich sei.

Schießereien zwischen Italienern und Südslawen.

TU Zürich, 24. September.

Der „Secolo" meldet aus Fiume, daß ein Sturm auf südslawische Zeitungen in Fiume stattgefunden habe und in den letzten Tagen Schießereien zwischen italienischen Soldaten und Südslawen stattfanden. Mehrere südslawische Offiziere warfen Bomben auf italienische Patrouillen. Die Flucht von zahlreichen Kroaten wird bestätigt.

Ritti ruft die Entente zur Hilfe?

Haag, 24. September.

Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge meldet die Associated Preß aus London, daß die italienische Regierung an die Alliierten das Ersuchen gerichtet hat, alliierte Truppen, ausgenommen italienische, nach Fiume zur Vertreibung d'Annunzios zu entsenden.

Das Ausland über die Wiener Enthüllungen.

Stockholm, 23. September.

Das österreichische Rotbuch findet in der schwedischen Presse starke Beachtung. Die größeren Stockholmer Morgenblätter geben den Haupttinhalt wieder und versehen ihn teilweise mit Kommentaren. Die liberale „Stockholm Tidningen" meint, aus den geheimen Aktenstücken gehe hervor, daß die deutsche Regierung in den kritischen Julitagen eine weit passivere Haltung eingenommen habe als man sich vielerorts vorstellte. Die Schuld Österreich-Ungarns sei wesentlich größer als man früh gedacht habe, während sich Deutschlands Schuld im gleichen Grade verringert habe.

„Svenska Dagbladet" schreibt: Durch diese Enthüllungen ist der Vorwurf widerlegt, daß Deutschland den Vorschlag Greys absichtlich zurückgehalten habe, eine Beschuldigung, die von Seiten der Entente so bitter und so lange gegen Deutschland geschleudert wurde. Der Hauptanstifter des Krieges ist und bleibt Rußland, aber gleich nach der russischen Regierung trägt Graf Berchtold die Verantwortung. Eine gewisse Entlastung zugunsten Deutschlands hat das Rotbuch herbeigeführt, aber sonst ist es nicht geeignet, die Auffassung zu ändern, die man schon früher hatte und etwa folgendermaßen formulieren kann: Rußland und Österreich wollten den Krieg, Deutschland und Frankreich hatten nichts dagegen, die zwei ersteren Mächte waren die führenden, die zwei letzteren die geführten.

Die Revaler Friedenskonferenz.

Mitau, 23. September.

An den Friedensverhandlungen in Reval wird sich auch die russische Nordwestregierung beteiligen. Am 28. September wird in Dorpat eine Konferenz der Ministerpräsidenten und Außenminister Lettlands, Litauens und Estlands stattfinden. Die Konferenz wird zum Friedensvorschlag der russischen Räteregierung Stellung nehmen.

Eine neue französische Frechheit.

Berlin, 24. September.

Der Deutschen Regierung ist ein Befehl der französischen Kontrollstelle bei der deutschen Zivilverwaltung im Bezirk Wiesbaden zur Kenntnis gekommen, in dem der Regierungspräsident in Wiesbaden ersucht wird, jede neue Eidesleistung der deutschen Beamten zu verbieten. Jeder Beamte, der einen solchen Eid leiste oder ihn seinen Untergebenen abnehmen sollte, mache sich, wie es in dem Befehl heißt, eines sehr schweren Vergehens schuldig.

Die Deutsche Waffenstillstandskommission hat im Auftrage der Deutschen Regierung gegen den französischen Befehl nachdrücklichste Verwahrung eingelegt und die Erwartung ausgesprochen, daß die Alliierten sich bei Prüfung der Angelegenheit von der Notwendigkeit der Beseitigung des Befehls überzeugen werden.

Maximilian Hardens Verwandlung.

In seiner Flugschrift „Maximilian Harden am Pranger" (Verlag der Neuen Weide) lädt Dr. Friedrich Thimme den Herausgeber der „Zukunft" vor das Gericht des deutschen Volkes. Er klagt ihn an, in einer Person einer der Hauptschuldigen am Kriege, einer der Hauptschuldigen an unserer Niederlage und einer der Hauptschuldigen an der Schmach des Versailler Friedens zu sein. Der Verfasser belegt seine Anklage mit zahlreichen Zitaten aus Hardens Schriften. Wir stellen einige besonders charakteristische Zitate zusammen:

Vor der Revolution schreibt der „Pazifist" Harden:

„Im Bereich der Politik herrscht nicht Individualsittlichkeit, hämmert von jeder Macht sich das Recht."

„. . . dann soll man ihnen nicht erst Zeit zu gemächlicher Vorbereitung lassen, sondern die Stunde wählen, die in Berlin und Wien den Generalstäben die für den Kampf günstigste scheint."

„Auf Paris muß, wie vor hundert Jahren, wieder der Blick gerichtet sein."

„Wär's Lappalie, der Strohhalm, an dem Ehre hängt, ist mit Blutströmen nicht zu teuer bezahlt."

„Wer Oesterreich zu zager Nachgiebigkeit rät, verschleudert einen Hort Germaniens."

Harden rühmt die „Wohltat, die Volksbildnerkraft guten Krieges".

„Deutschland schlägt. Wer hat's ihm erlaubt? In seiner Macht ist sein Recht, drum führt es einen guten Krieg. Nie sah Menschenblick solche Heroen!"

„Von Calais bis nach Antwerpen, Flandern, Limburg, Brabant bis hinter die Maasfestungslinie: preußisch." (Wünscht Harden.)

Ueber Bülow: „Der Mann, der den Sühnespruch der nicht in den Krieg gerissenen Staaten öffentlich angekündigt hat, kann von Deutschland aus niemals in ein Mittleramt gerufen werden."

„Infanterie, Artillerie, Kavallerie: das sind unseres Rechtes Beweise."

Nach der Revolution:

„Ich habe niemals einen Krieg, nie die Eroberung europäischen Landes ersehnt."

Deutschlands Vorgehen im Juli 1914 nennt Harden jetzt „vorbedachtes Verbrechen", „geradezu aberwitziges Verbrechen", den Einmarsch in Belgien einen „niederträchtigen Rechtsbruch", eine „ungeheuerliche Rechtsverletzung", den Tauchbootkrieg ein „unsühnbares Verbrechen", „Tonnagemörder", das deutsche Volk „die Hure Babylon".

Das Aufbäumen des Deutschen Volkes gegen die Friedensbedingungen von Versailles nennt er „erkünstelte Tobsucht", „elles Lügenwerk".

Die Friedensbedingungen der Entente aber sind ihm „ein in sich vollendetes Kunstwerk, vor dem jeder Verständige, mag er die Kunst auch teuflisch schelten und das Werk drum in die Hölle verwünschen, in staunender Bewundrung steht.

Völlig ungerecht findet Harden die Zumutung, daß die „Völker der Entente nach dem ungeheuersten, aber auch teuersten, an Menschen- und Geldopfern reichsten Triumph aller Geschichte mit dem völlig Besiegten, der sie an Leib und Seele mit erbarmungsloser Grausamkeit gequält hat, sich auf der Basis gleichen Rechts verständigen sollten".

Kleine Nachrichten.

Das holländische Ausfuhrverbot für Rohtabak, Zigarren, Zigaretten und andere Tabakerzeugnisse wurde aufgehoben.

Nach einer Meldung aus Brüssel kaufte die belgische von der britischen Regierung 8750 Eisenbahnwagen, die der englischen Armee zum Transport in Frankreich gedient hatten.

*

Nach einer Reutermeldung aus London haben die Truppen Denikins die wichtige Stadt Kursk eingenommen, die an der Eisenbahnlinie Charkow—Moskau liegt und die westliche Endstation der Eisenbahnlinie nach Woronesch bildet.

*

Die Altonaer Seeleute haben sich dem Sympathiestreik in Hamburg angeschlossen. Im Hafen ruht jeder Verkehr.

*

Das Reuterbureau meldet aus Reggio in Calabrien vom 23. September, daß ein Wirbelsturm in dem Gebiet von Palmi ärgsten Schaden angerichtet hat. Neun Personen wurden getötet, mehrere verwundet. Hilfe ist unterwegs.

*

„Van den Dag" meldet aus Washington, daß der Vorsitzende der Versammlung der Eisenbahner den Senat gewarnt hat, daß jeder Versuch, den Eisenbahnern den Streik zu verbieten, die Revolution zur Folge haben wird.

*

Der Generalsekretär der englischen nationalen Eisenbahnerschaft Thomas hat gestern bekannt gegeben, daß ein Ultimatum in der Eisenbahnerkrisis an die Regierung abgesandt worden ist, welches morgen mittag abläuft.

*

Das Pressebureau Radio meldet aus Horsea: Die Bedeutung der Front Denikins wächst dauernd. Großbritannien wird ihn wie bisher mit Munition Ausrüstungsgegenständen und Kriegsmaterial, z. B. Tanks, unterstützen. Denikin befehligt jetzt ein Heer von dreihundert- bis fünfhunderttausend Mann.

Betriebsräte — Betriebsgemeinschaften.

Von
Rechtsanwalt Dr. Curt Eichelbaum (Berlin),
Leiter der Arbeitsrechtsabteilung des Kongresses freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände.

Daß die Vereinigungen der Unternehmer dem Regierungsentwurf des Gesetzes über Betriebsräte mit recht gemischten Gefühlen gegenüberstehen, wird auch derjenige verständlich finden, der ihren grundsätzlichen Standpunkt nicht zu teilen vermag. Und er wird anerkennen können, daß sie sich in ihrem der Nationalversammlung überreichten Gegenentwurfe auf eine maßvolle Kritik von Einzelheiten beschränkt haben. Aber auch aufrichtigen Freunden des wirtschaftlichen Rätegedankens — bis weit in die Reihen der Sozialdemokratie hinein — will der Entwurf der Regierung nicht gefallen. Von allen Seiten wird, je nach der politischen Stellung, in dem einen oder dem anderen Sinn leidenschaftlich gegen ihn Sturm gelaufen.

Die allgemeine Ablehnung von rechts und links hat ihren Anlaß zunächst in dem Kompromißcharakter des Entwurfes, der sich aus der politischen Konstellation ergibt. Ihr innerer Grund aber liegt wesentlich tiefer. Von jeder sozialen Gesetzgebung erwartet und verlangt man mit Recht, daß sie einen wahren Fortschritt, eine Aufwärtsentwicklung bringt. Von diesem Gesetz im besonderen muß man verlangen, daß es geeignet ist, für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches das zu leisten, was sich der Gesetzgeber, was sich der Anhänger des wirtschaftlichen Rätesystems von ihm verspricht und versprechen muß. Kann der Gesetzentwurf dem großen Zwecke, den Grundstein für den Aufbau unseres Wirtschaftslebens zu legen, gerecht werden? Die Frage stellen heißt auch hier sie verneinen.

Die Betriebsräte, wie sie der Entwurf sich denkt, sind reine Klassenorgane. Die unglückselige Klassenkampfidee, die jahrzehntelang die Köpfe des deutschen Proletariats beherrscht hat, um sich in dem großen Zusammenbruche mit so vielem anderen als wertlos zu erweisen, steht wie die Parze an ihrer Wiege. Die Betriebsräte des Regierungsentwurfs schließen die Arbeitnehmerschaft des Betriebes als Einheit gegen den Unternehmer zusammen, sind das Stoßtrupp der Arbeitnehmer im Kampfe gegen ihn, das über seinem Haupte aufgehängte blanke Schwert, nichts weiter. Auf dem Wege in eine neue Zeit, den wir doch gehen sollen und wollen, muten sie an wie ein Denkmal des Klassenkampfes, dessen steinerne Züge rückwärts blicken, nicht vorwärts in eine bessere Zukunft hinein. Das ist nicht die Aufwärtsentwicklung, die wir brauchen! Diese Betriebsräte bedeuten die gesetzliche Perpetuierung des versöhnungslos tobenden sozialen Kampfes ins Unendliche.

Das Ziel, das sich die soziale Gesetzgebung zu stecken hat, heißt Versöhnung der wirtschaftlichen Gegensätze. Auch das Betriebsrätegesetz muß darum, will es ein wahrhaft soziales Gesetz sein, in seinem Grundgedanken geeignet sein, den Weg der Versöhnung der Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern anzubahnen, auf dem allein die Hebung unseres darniederliegenden Wirtschaftslebens erreicht werden kann. Nichts von alledem bringt der Regierungsentwurf. Und dabei liegt der Gedanke, der eine Lösung der wirtschaftlichen Rätefrage im Geiste der Versöhnung, im Geiste gemeinsamer Zusammenarbeit aller beteiligten Volksklassen zuläßt — wenn man so sagen darf — in der Luft. Schon im Kriege haben sich die Vereinigungen der Unternehmer mit den großen Arbeitnehmerverbänden zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen. Unter dem Druck des drohenden Niederganges, der seine mahnenden Vorzeichen für den, der da verstand, die Flammenschrift an der Wand zu lesen, ja schon lange vorausgesandt hat, haben die beteiligten Gruppen endlich einzusehen begonnen, daß nur Einigkeit stark macht, daß ohne gemeinsame versöhnliche Arbeit am Wirtschaftsleben eine gedeihliche Fortentwicklung desselben nie und nimmermehr möglich sein wird. Die Arbeitsgemeinschaften haben in den letzten Jahren — wenn man bedenkt, daß alles bis jetzt Geschehene doch nur ein Anfang ist — schon manches Erfreuliche geleistet, haben Arbeitnehmer und Unternehmer, sei es auch nur um einen kleinen Schritt, einander näher gebracht und sind auf dem Wege, in dieser Arbeit noch manche wertvollen Früchte zu zeitigen.

Wenn dies im Großen, von Arbeitnehmerverband zu Unternehmerverband gilt, warum sollte es im kleineren Kreise an Richtigkeit und Wert verlieren? Auch im Einzelunternehmen, im Riesenbetriebe wie in der Kleinwirtschaft, ist Zusammenfassung aller Kräfte zu gemeinsamer Arbeit die Forderung des Tages.

Hieraus ergibt sich von selbst, wie die Betriebsräte zu gestalten sind. Auch sie müssen Arbeitsgemeinschaften sein, Betriebsgemeinschaften, die die Erfassung aller im Betriebe mitarbeitenden Faktoren gewährleisten, nicht nur einseitige Arbeitnehmervertretungen. Arbeiter, Angestellte und Unternehmer müssen sich in ihnen mit gleichen Rechten und Pflichten zu gemeinschaftlicher Arbeit am Betriebsganzen vereinigen. Nur das ist wahre wirtschaftliche Demokratie, wie ja auch die politische Demokratie die gleichmäßige Erfassung aller Gruppen und Kräfte des Gemeinwesens zur Voraussetzung hat.

Von dem Gedanken der Betriebsgemeinschaften ausgehend, hat der Kongreß freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände, der eine Reihe großer Arbeitnehmervereinigungen umschließt, der Nationalversammlung einen Gegenentwurf zum Betriebsrätegesetz vorgelegt. Die Betriebsräte sollen sich nach dem Entwurfe zusammensetzen aus drei gleichen Gruppen von Arbeitern, Angestellten und Unternehmervertretern. Die Arbeitnehmervertreter gehen aus getrennten, unmittel-

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Donnerstag, d. 25. September.

Opernhaus.
191. Abonnem.-Vorstellung. Neueinstudiert:
7 Uhr: Rigoletto.

Schauspielhaus.
203. Abonnem.-Vorstellung.
7 Uhr: Die Journalisten.

Direkt.: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Wie es euch gefällt.

Kammerspiele.
7 Uhr: Gespenstersonate.

Dir.: Victor Barnowsky.
Lessing-Theater.
7½ Uhr: Liebe.

Deutsches Künstler-Th.
7½ Uhr: Das Schloß am Wannsee.

Dir. Meinhard-Bernauer
Theater i. d. Königgr. Str.
7⁴⁵ Uhr: Kameraden.

Komödienhaus.
⅜8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater.
½8 Uhr: Die Dame im Frack.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: Der Schwarzkünstler.

Residenz-Theater.
7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater.
7½ U.: Der gute Ruf.

Central-Theater.
Kommandantenstr. 57.
7½ Uhr.: D. Schönste von allen.

Deutsches Opernhaus.
7 U.: Postillon v. Lonjumeau.

Friedr.-Wilhelmstädt. Th.
7½ Uhr: Zum 1. Male: Gretchen.

Kleines Theater.
8 Uhr: Summa Summarum.

Kleines Schauspielhaus.
7 Uhr: Krach.

Komische Oper.
7½ Uhr: Liebeszauber.
Stg. 3¼: Schwarzwaldmäd.

Lustspielhaus.
7¾ Uhr: So ein Mädel.

Metropol-Theater.
7 Uhr 20 Min.: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus.
7½ Uhr: Die Dame vom Circus.

Schiller-Theater Charl.
7½ Uhr: Flachsmanns Erzieh.

Thalia-Theater.
7½ U.: Jungfer Sonnenschein.

Theater a. Nollendorfpl.
8¼ Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.
7½ Uhr: Die Puppe.

Theater des Westens.
7½ Uhr: Die Frau im Hermelin.
Stg. 3¼: Die lustige Witwe.

Theater „Die Tribüne".
Charl., Berliner Str. 37/38.
7½ U.: 3. 1. M.: Wandlung.

Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: Vier Einakter.

Wallner-Theater.
7 Uhr 15: Eine Ballnacht.
Stg. 3¼ Uhr: Geisha.

baren und geheimen Wahlen der Arbeiter und Angestellten hervor, die Unternehmervertreter werden vom Unternehmer berufen. Alle Aufgaben, die lediglich der Förderung des Unternehmens als solchen — und damit letzten Endes der Hebung der Gesamtwirtschaft — dienen, sollen den Betriebsräten zufallen. Gemeinsame Arbeit an der Förderung des Betriebes soll die einzelnen Gruppen einander näher bringen und die Pforte zum Wege der Versöhnung der Gegensätze öffnen helfen, die der Gesetzentwurf der Regierung rauh verschleiert.

Der Regierungsentwurf weist seinen einseitig zusammengesetzten Betriebsräten wahllos und in buntem Wechsel Aufgaben zu, die die Hebung des Unternehmens als solchen bezwecken, und andere, die, wie z. B. das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, dem Schutze der Arbeitnehmer gegen Unternehmerwillkür dienen sollen. Daß die Gesetzgebung auch diesen letzteren Aufgaben ein Organ schaffen muß, wenn der Arbeitnehmer aus wirtschaftlicher Hörigkeit zum freien Betriebsbürger erwachsen soll, ist selbstverständlich. Es müssen darum, neben den von allen Betriebsangehörigen gemeinschaftlich beschickten Betriebsräten, die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse der Verordnung vom 23. Dezember 1918 als Arbeiter- und Angestellteträte bestehen bleiben. Sie sind reine Arbeitnehmervertretungen, sollen aber auch nur diejenigen Aufgaben haben, deren Ziel die Wahrung berechtigter Arbeitnehmerinteressen ist. Zu denken ist hier vor allem an das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, um dessen endgültige Gestaltung ja noch mancher Streuß gefochten werden wird, an die Überwachung der Befolgung der zugunsten der Arbeitnehmer gegebenen Vorschriften, die Regelung der Löhne, Akkordlöhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse, die Bekämpfung von Unfallgefahren, Untersuchung von Beschwerden usw. Alle übrigen Aufgaben, die der Regierungsentwurf seinen Betriebsräten weiterhin zumeist, und deren Endzweck die Förderung des Betriebsganzen ist, gehen auf die Betriebsräte der oben gekennzeichneten höheren Art über.

Mit der Beibehaltung besonderer Angestellteträte neben den Arbeiterräten würde gleichzeitig der berechtigten Forderung der Angestellten nach besonderer Vertretung Rechnung getragen. In den Betriebsräten des Regierungsentwurfes finden sie — bei ihrer im Verhältnis zu den Arbeitern meist geringeren zahlenmäßigen Stärke — nicht die ihrer Bedeutung und Sonderstellung entsprechende Wahrung ihrer Interessen. In dem Doppelaufbau der gemeinschaftlichen Betriebsräte einerseits als Organen der Betriebsförderung und der Arbeiterräte und Angestelltenräte andererseits als Organen der Arbeitnehmervertretung kommt jede der großen Interessentengruppen ihrer Bedeutung entsprechend zur Geltung. Und vor allem wird durch die Gestaltung der Betriebsräte als Betriebsgemeinschaften die Regelung der Arbeitsverfassung in den Betrieben hinausgehoben über den überlebten Gedanken des Klassenkampfes zu dem der versöhnenden Mitarbeit aller an der großen gemeinsamen Aufgabe des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens.

Das Betriebsrätegesetz im Ausschuß.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz setzte am Mittwoch nachmittag seine Beratungen fort.

In der Einzelberatung brachte Abg. Dr. Moslde (Dntl.) zu § 1 einen Antrag ein, wonach bei 20 Arbeitern und bei 20 Angestellten je ein Arbeiterausschuß zu errichten ist. Der Betriebsobmann ist erst bei 10 Arbeitern oder bei 5 Angestellten einzusetzen. Der Sozialdemokrat Jacker sprach gegen eine scharfe Trennung von Arbeitern und Angestellten, wogegen sich auch Arbeitsminister Schlicke wandte, während Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) die Notwendigkeit einer gesonderten Gruppierung nach Angestellten und Arbeitern betonte.

Hierauf wurde die Beratung vertagt.

Die Tagung des Allgemeinen Knappschaftsverbandes.

Kassel, 24. September.

Unter dem Vorsitz des Geheimen Bergrats Dr. jur. Weidtman tagte unter Teilnahme der obersten Bergbehörden der Gliedstaaten der Allgemeine Deutsche Knappschaftsverband zur Beratung verschiedener, die deutschen Bergarbeiter betreffenden Fragen, wie das Verhältnis der kriegsbeschädigten Mitglieder zur Pensionskasse, Belastung der Knappschaftsvereine durch den Krieg, Schaffung und Gestaltung eines Reichsknappschaftsvereins, Änderung der Reichsversicherungsordnung und die hiermit zusammenhängenden Fragen und andere. Es wurde angeregt, Kommissionen zu bilden, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Angelegenheiten weiter beraten sollen.

Die Unterredung mit Oberst Reinhard.

Wir haben in unserer gestrigen Abendausgabe eine Unterredung wiedergegeben, die der Mitarbeiter der „Weltbühne", der sich unter dem Pseudonym „Johannes Fischart" verbirgt, mit Oberst Reinhard hatte. Auf Anfrage der „Kreuzzeitung" teilt der Oberst nun mit, daß das ganze Interview mit Johannes Fischart „vom ersten bis zum letzten Wort erfunden ist". Formal hat, wie uns der Interviewer mitteilt, Oberst Reinhard insofern Recht, als der Interviewer nicht als Johannes Fischart — das ist nämlich, wie die „Kreuzzeitung" nicht weiß, ein deutscher Dichter, der schon ein paar Jahrhunderte tot ist — bei Reinhard gewesen ist, sondern unter seinem bürgerlichen Namen. Der Interviewer ist Leitartikler und politischer Schriftsteller einer hiesigen großen Tageszeitung. Die Unterredung die am Freitag, den 5. September, durch einen Mittelsmann angeregt wurde, hat in der Tat am Sonnabend, den 6. September, vormittags von 10 bis 11½ Uhr im Hotel Bristol in Gegenwart jenes Mittelsmannes stattgefunden. Das gedruckte Interview ist der am Schluß der Unterredung von dem Mittelsmann und dem Interviewer rekapitulierte Extrakt aus dem Gespräch.

Der Metallarbeiterstreik.

Die Situation im Streik der Metallarbeiter hat sich nicht geändert. Die Zahl der Betriebe, in denen die Arbeiterschaft geschlossen für den Streik eingetreten ist, hat sich nicht nennenswert vergrößert. Bis zur Stunde ist von keiner Seite offiziell der Versuch einer Annäherung gemacht worden, doch würde man eine Vermittlungsaktion der mehrheitssozialistischen Führer nicht ungern sehen.

Lärmende Auseinandersetzungen.

Preußische Landesversammlung.

(63. Sitzung. Mittwoch, den 24. September 1919, mittags 12 Uhr.)

Kleine Etats.

Beim Etat der Lotterieverwaltung verlangt Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.), daß der Staat endlich aufhören soll, Lotterien zu veranstalten und damit das Glücksspiel zu unterstützen.

Beim Etat der Münzverwaltung bemerkt Abg. Wienke (Dem.): Für die seinergeit stillschweigend eingegangenen 10 Pf.-Stücke muß ein anderes Geldstück geschaffen werden. Der Schleichhandel mit Nickel im besetzten Gebiet sollte endlich unterbunden werden.

Abg. Wolf Hoffmann (U. Soz.): In der Kirche ist noch viel Gold vorhanden. (Lebhafte Bewegung im Zentrum.) Das sollte man herausholen und dafür Reichsschuldscheine geben.

Die beiden Etats, sowie der Etat der Staatsschuldenverwaltung, letzterer ohne Aussprache, werden unverändert angenommen.

Beim Etat der Staatsarchive erklärt auf eine Anregung des Abg. Hennig (U. Soz.) der Generaldirektor der Staatsarchive: Die Archive stehen für die wissenschaftliche Forschung durchaus offen. Wer Geheimnisse suchen will, suche anderswo. (Lebhaftes Hört, hört! links und Heiterkeit.)

Nach Erledigung einer Reihe weiterer kleiner Etats erklärt

beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ein Regierungsvertreter auf eine Anregung des Abg. Dr. Heepke (Dntl. Vp.), daß die Regierung die Interessen der Beamtenschaft im Osten der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates entsprechend zu berücksichtigen gewillt sei.

Der Etat wird genehmigt unter Streichung des Titels von 120 000 Mark als Abfindung an das Deutsche Reich für die Besorgung rein preußischer Angelegenheiten.

Es folgt der Etat des Kriegsministeriums.

Abg. Klausner (U. Soz.): Die Verbrennung der französischen Fahnen vor dem Zeughaus zeigt die Überspannung der nationalen Leidenschaften, wie es auch bei dem Mord an dem französischen Soldaten der Fall war. Sie aber (zur Rechten) freuen sich noch darüber.

Präsident Leinert: Das ist eine ungeheure Beleidigung, ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Klausner (U. Soz.) fortfahrend: Die Herren haben sich sicher auch gefreut über den Mord an Liebknecht. (Der Redner wird zum zweiten Male zur Ordnung gerufen.) Aus Ihren Reihen (zur Rechten) gehen jetzt die Offiziere als Söldner ins Ausland. Ist das Verteidigung des nationalen Sinnes?

Abg. Graf (Dnt. Vp.): Die Herren auf der Linken haben keine Veranlassung, über Offiziere sich aufzuhalten, die im Auslande Söldnerdienste tun, sie sind schuld an der Zertrümmerung unserer Armee. (Stürmischer andauernder Lärm links.)

Abg. Organski (Soz.): Diese Behauptung ist eine unerhörte, wissentlich gemachte Verleumdung. (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts.) Sie auf der Rechten dürften uns am allerletzten die Schuld bemessen. Ihre Politik hat den Zusammenbruch herbeigeführt. Das zeigen die Veröffentlichungen der letzten Tage. Die Vorgänge vor dem Zeughause waren ein Dummerjungenstreich. Nationale Würde zeigt sich darin, daß das ganze Volk ernst und gemeinsam an den Wiederaufbau geht und eine Völkerverständigung herbeigeführen sucht (Beif. links, Lachen rechts.)

Abg. Rippel (Dnt. Vp.): Für Taten nationaler Verzweiflung, wie sie in Scapa Flow und vor dem Zeughause sich ereignet haben, haben die Unabhängigen kein Verständnis; für ihre Bauchkriecherei haben unsere Gegner nur Verachtung. (Beifall rechts.) Ohne die Novemberereignisse hätten wir einen anderen Frieden bekommen.

Abg. Gerschel (Soz.): Die Revolution war nicht schuld an dem Zusammenbruch; sie war eine Folge des Zusammenbruches.

Abg. Cohn (U. Soz.): Es ist ein Märchen, daß wir das Heer zermürbt hätten. (Abg. Graf (Dntl. Vp.): Wo sind Joffes Millionen?) Über die Verwendung der russischen Gelder habe ich öffentlich Rechnung gelegt. Wenn jemand behaupten sollte, ich hätte sie zu anderen Zwecken verwendet, so würde ich ihn einen Verleumder nennen. (Abg. Graf: Und das andere Geld?) Für diese Verdächtigung nenne ich Sie jetzt einen gemeinen Verleumder.

Abg. Rippel (Dntl. Vp.): Mit Herrn Cohn kann man über nationale Würde nicht reden. Die Gewalttätigkeiten unabhängiger Arbeiterräte, die sich über Recht und Gesetz hinwegsetzen, sind bekannt. Die Unabhängigen sind schuld an der Zertrümmerung des Heeres und der Wehrlosmachung Deutschlands. (Lärm der U. Soz.) Uns kann nur Arbeit retten. (Beifall rechts.)

Abg. Moldenhauer (D. Vp.): Nicht Deutschland, sondern die Einkreisungspolitik Englands und das Revanchegeschrei Frankreichs trägt die Schuld am Kriege. Mit einigen Vorwürfen gegen uns fördert man den Wiederaufbau nicht.

Der Etat des Kriegsministeriums wird genehmigt.

Ohne Aussprache wird in zweiter und dritter Lesung der Entwurf über Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der Eisenbahnen angenommen.

Es folgt die Beratung des Etats der Bauverwaltung.

Hierzu liegt ein Antrag des Ausschusses vor auf Aufnahme von Vertretern der Arbeiter und Angestellten in die Bezirkswasserstraßen-Beiräte, in den Landstraßenwasser-Beirat sowie auf Errichtung von Interessenvertretungen für die ständig beschäftigten Beamten und Arbeiter der Bauverwaltung, bezw. Wasserstauverwaltung, die sollen bei der Gestaltung der Arbeits- bezw. Anstellungsverhältnisse mitwirken und aus allgemeinen, geheimen und direkten Verhältniswahlen hervorgehen.

Abg. Dr. von Kries (Dntl. Vp.): Die Durchführung des Kanals von Hannover nach der Elbe ist zweifellos ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis. Sollte bei der Linienführung die südliche gewählt werden, so müßten Braunschweig und Anhalt bedeutend mehr zu den Kosten herangezogen werden. Der Staat hat die Verpflichtung, die Elektrisierung des Landes nach Möglichkeit zu fördern. Besonders ist Ostpreußen bei der Elektrizitätsversorgung zu berücksichtigen.

Abg. Nebehn (Dem.) bespricht die Notwendigkeit zur Errichtung des Mittellandkanals. Bei der Neubesetzung der Stellen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten müßten die Techniker mehr berücksichtigt werden.

Das Haus vertagt sich.

Donnerstag, 12 Uhr, Weiterberatung: Finanzministerium.

Schluß 7⁵⁰ Uhr.

Der Hafenstreik in Hamburg.

Hamburg, 24. September.

Die Beteiligung an der Streikbewegung unter den Seeleuten hat bisher noch keinen größeren Umfang angenommen. Doch haben sich Matrosen und Heizer der Fischdampfer fast ausnahmslos aus Sympathie dem Streik des Deutschen Seemannsbundes angeschlossen, sodaß zurzeit alle Fischdampfer stillliegen. Die im Transport-Arbeiter-Verband organisierten Seeleute sprachen sich entschieden gegen jede Beteiligung am Streik aus.

Politische Hyänen.

Aus dem Baltikum wird uns geschrieben:

Vor einigen Tagen ist durch die internationale Presse eine Veröffentlichung über den Geheimvertrag gegangen, den England mit der jüngsten Gegenregierung gegen die Sowjetrepublik, der Regierung Lianosow, abgeschlossen hat. Dieser Vertrag verpflichtete zwar England, Lianosow im Kampfe gegen den Bolschewismus zu unterstützen, bedeutete aber anderseits eine uneingeschränkte Anerkennung der Interessen Englands im Baltikum, unter Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes an die baltischen Länder, sprach den ausdrücklichen Verzicht auf jeden umfangreichen Einkauf in Deutschland aus und enthielt außer der Erklärung des Desinteressements in der persischen Frage die Anerkennung für alle Verträge zwischen England und Kolischak-Denikin, durch die bekanntlich England sich außerordentliche Vergünstigungen im Kaukasus und in den Petroleumgebieten geschert hat.

Wenn man sich einigermaßen darüber wundern mußte, daß eine groß-russische Regierung die bitterste Interessen des neu zu schaffenden Reiches in solcher Weise zugunsten eines alten Gegners aufgab, so erfährt man nun allmählich, wie ein solcher Vertrag möglich werden konnte. Die Erkenntnis, daß England in Rußland kein anderes Ziel verfolgt, als sich die Herrschaft über die baltischen Provinzen und damit eine bedeutende Einflußsphäre in der Ostsee zu sichern, hat sich allmählich so weit durchgesetzt, daß sie wohl sogar den Franzosen inzwischen aufgegangen sein dürfte, die längst nicht mehr geneigt sind, im Osten mit ihren Verbündeten durch Dick und Dünn zu gehen. England betreibt ganz planmäßig eine Politik, die man nicht anders wie Reichsverräterei an Rußland nennen kann. Das ist nie klarer geworden, als durch die Vorgeschichte der Entsetzung der Regierung Lianosow, über die jetzt nähere Einzelheiten authentisch an die Oeffentlichkeit dringen.

Die gesamte Regierung ist ganz einfach von General March eingesetzt worden. Die Mitglieder, die sie bilden sollten, waren vorher von den Engländern einzeln bestimmt, und man hatte besonders zahlreiche Russen aus Finnland dafür gewählt, die nach Reval übersiedeln mußten. Zum 10. August wurden alle zu einer Konferenz bestellt, ohne daß man ihnen vorher sagte, um was es sich handele. In Gegenwart einer französischen und amerikanischen Militärmission setzte March die Erschienenen von den Absichten Englands in Kenntnis und gab eine Bedenkzeit von 40 Minuten zur Entscheidung. Dabei gab er die Erklärung ab, daß eine Weigerung zur Uebernahme der Regierung durch Lianosow und die anderen Anwesenden das Einstellen der weiteren Unterstützung für Judenitsch zur Folge haben werde.

Unter diesen Umständen mußte Lianosow in die gestellten Bedingungen willigen. Als General Judenitsch später auf eine Verzögerung nach Reval kam, empfing ihn auf dem Bahnhof March mit der Mitteilung, daß Judenitsch nicht mehr Oberbefehlshaber, sondern der neugebildeten Regierung Lianosow unterstellt sei. Für den Fall einer Weigerung wurde auch ihm Entziehung der Unterstützung angedroht, sodaß auch Judenitsch nachgeben mußte.

Man kann sich vorstellen, wie die Stimmung der russischen Kreise gegen England geworden ist. Weder Saisanow noch Kolischak haben bisher die Regierung Lianosow anerkannt, doch ist anzunehmen, daß man auch Kolischak durch Androhung der Entziehung der ernteren Hilfe zwingen wird.

In der Tat führt ja England den Kampf gegen den Bolschewismus nur mit halbem Herzen. Ihm ist die Selbstzerfleischung Rußlands viel zu wichtig, als daß es geneigt wäre, ernsthaft dazu beizutragen, daß Rußland wieder zur Kräftigung gelangt. Wird doch in den Randstaaten vielfach offen die Vermutung ausgesprochen, daß England von vorn den Bolschewismus mit bekämpfe, ihn aber zur selben Zeit von hinten, über Archangelsk, mit Geld unterstütze. Jedenfalls ist mindestens viel stärker als die Neigung zum Kampf gegen den Bolschewismus der Wunsch, sich in Estland festzusetzen. England strebt ganz unzweifelhaft die Herrschaft über Estland an. Der Ausbau Oesels als Kriegshafen soll bereits begonnen haben, ebenso soll eine feste Halbinsel an der Nordküste Estlands bereits bestimmt sein, die zu einem nordischen Gibraltar werden soll.

Im Hafen von Reval, der estnischen Hauptstadt und einem der bedeutendsten Handelsplätze des Baltikums, liegt ständig eine beträchtliche englische Kriegsflotte. Auch Kriegsmaterial wird dauernd ausgeladen. Es ist aber seit Wochen festzustellen, daß dies Material hauptsächlich die Esten erhalten und nur die Ueberreste an Judenitsch gehen, dessen Truppen den Kampf gegen die Bolschewisten unter schweren Entbehrungen führen müssen. In den letzten Tagen sind Tanks angekommen, auch sie sind vorläufig den Esten ausgeliefert worden, deren Regierung widerspruchslos auf englischer Seite steht. Nach den Verträgen will England Judenitsch bis zur Einnahme Petersburgs unterstützen. Darüber hinaus hat es keine Verpflichtung eingegangen. Inzwischen aber sucht es, so lange Rußland wie ein riesiger Leichnam wehrlos am Boden liegt, nach Art der Hyänen des Schlachtfeldes an Raub in Sicherheit zu bringen, was ihm irgendwie begehrenswert scheint.

Die Untersuchung der Januarwirren

Berlin, 24. September.

Der Untersuchungsausschuß der Preußischen Landesversammlung vernahm heute zunächst den Konsul Simon und Frau, die bekundeten, am 6. Januar gesehen zu haben, wie einem Zuge der Spartakisten vor dem Kaiserhof auf den unbewaffneten Demonstrationszug der Mehrheitssozialisten Handgranaten geworfen wurden. Dann wurde eine Reihe der früheren Führer der Volksmarinedivision vernommen, die früheren Matrosen Rodde, Jungs, Helbes und Hildebrand. Aus ihren Aussagen ergab sich, daß am 12. Januar auf Betreiben Dorrbacks die Volksmarinedivision beschlossen hat, für den Fall, daß die Regierung Ebert-Haase auseinanderrisse, geschlossen mit Waffen nach auf die Seite Haases zu treten. Dieser Beschluß ist in das Protokoll der Sitzung vom 12. Dezember nicht aufgenommen, sondern streng geheim gehalten worden.

Weiter vernahm der Ausschuß den Feldwebelleutnant Schulze, der vom 9. November bis Ende März Kommandant des Maikäferregiments gewesen ist und bei der Wiedereinnahme des Polizeipräsidiums die Regierungstruppen geführt hat. Wiederholt vernommen wurde der Zeuge Erich Pring, der nach der Revolution zuerst Kommandant der Eichhornschen Sicherheitswehr war. Er ergänzte seine früheren Aussagen dahin, daß schon am 6. und 7. Dezember vom Polizeipräsidium aus durch Gabel Waffen an die Schwarzkopfschen Arbeiter ausgeteilt worden sind. Nach der Absetzung von Pring sind, da man bei der Verhaftung sein Faksimile abgenommen hatte, weitere umfangreiche Waffenbestellungen unter seinem Namen erfolgt.

Endlich vernahm der Untersuchungsausschuß den Vizefeldwebel von Tyszka, der entgegen den Angaben der Verteidigung im Lebedourprozeß mit großem Nachdruck erklärte, daß er niemals den Auftrag gehabt hätte, Lebedour oder Neger oder sonst jemand zu ermorden. Auf die Frage, ob er von Rechtsanwalt Rosenfeld größere Geldsummen im Hinblick auf den Lebedourprozeß erhalten habe, verweigerte der Zeuge die Aussage. Die ferner geladenen Zeugen Dr. Karl Rosenfeld, Adolf Hoffmann und Emil Eichhorn waren nicht erschienen und hatten Briefe geschickt, in denen sie erklärten, zu dem Untersuchungsausschuß kein Vertrauen zu haben. Die Untersuchung der Januarunruhen ist somit im wesentlichen beendet. Es stehen nur noch die Zeugen Präsident Leinert und Gefreiter Jürgens aus.

Oberschlesien.

Berlin, 24. September.

Im Ausschuß der preußischen Landesversammlung für die oberschlesische Frage und den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzen wurde zunächst der vom Zentrum vorgelegte Gesetzentwurf über die Errichtung einer Proving Oberschlesien in der von der Unterkommission vorgeschlagenen Fassung bei einer Stimmenthaltung (unabhängigen) angenommen. Nach dem Entwurf soll die Teilung der Proving Schlesien in eine Proving Ober- und Niederschlesien am 1. April 1920 in Kraft treten. Über die Vermögensauseinandersetzung soll ein Gesetz entscheiden, wenn die Vertreter der beiden Provinzen nicht einig werden. Ein Zentrumsantrag, der für Oberschlesien ein besonderes Vorschlagsrecht für politische Beamte schaffen sollte, wurde abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzialverbände soll noch einer dritten Beratung untergogen werden.

Das Reichsnotopfer.

Der Ausschuß zur Beratung des Reichsnotopfers beschäftigte sich heute allgemein mit der Frage, ob das Reichsnotopfer in der vorliegenden Form grundsätzlich annehmbar sei. Dabei wurde der Meinung Ausdruck gegeben, ob nicht eine fortlaufende, auf eine Reihe von Jahren begrenzte Vermögenssteuer vorzuziehen sei. Gegen dieses Vorschlag wandte sich der Reichsfinanzminister. Das Reichsnotopfer erfasse nicht das künftig sich bildende Vermögen im Interesse des Sparsamkeitsanreizes. Bei einer Vermögenssteuer mit jeweilig neuer Berechnung würde das aber der Fall sein. Das Kapital werde ohnehin in Zukunft durch die Erbschaftssteuer, eine hohe Kapitalertragssteuer und eine sehr hohe Aufwandssteuer sowie durch die Reichseinkommensteuer scharf erfaßt werden. Die Vermögenszuwachssteuer wolle er, um den Sparsamkeitstrieb nicht zu beeinträchtigen, nicht mit besonders hohen Sätzen ausstatten. Im Interesse der volkswirtschaftlich notwendigen Kapitalbildung glaube er, daß es nicht richtig sei, aus den geltend gemachten Bedenken, den Gesetzentwurf umzugestalten. Er behalte sich aber seine endgültige Stellungnahme vor. Auf Wunsch eines Vertreters der Deutschen Volkspartei erklärte sich der Finanzminister bereit, demnächst seine Pläne im großen Rahmen vorzulegen, hat aber, bald in die Beratung des Entwurfes einzutreten. Hierauf wurde auf Antrag des Vorsitzenden die Beratung auf Donnerstag vertagt

— Der Verein deutscher Zeitungsverleger gegen die Inseratensteuer.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat an den Reichsfinanzminister Erzberger nachstehende Drahtung gerichtet: „Da es Ew. Exzellenz heute morgen leider unmöglich war, die Untergezeichneten zu empfangen, legen wir hierdurch im Namen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger noch einmal nachdrücklichst Protest ein gegen den Plan einer Sonderbesteuerung des Anzeigenteils der deutschen Zeitungen. Eine solche Ausnahmebesteuerung stellt eine schwere Benachteiligung dar und würde die schon von wirtschaftlichen Kosten stark bedrückten Zeitungen auf das Empfindlichste treffen und zugleich durch Abwanderung der Anzeigen in den redaktionellen Teil die bisherige Integrität der deutschen Zeitungen auf das Schwerste gefährden. Der durch die Sonderbesteuerung unvermeidliche Zusammenbruch vieler Zeitungen würde überdies eminente Interessen der Allgemeinheit auf das Tiefste berühren."

Sport

Rennen zu Hamburg-Horn.

Die zweitägige Herbstveranstaltung auf dem Horner Moor brachte, einem eigenen Drahtbericht zufolge, am Mittwoch als Hauptereignis das Criterium, eine mit 40 000 Mk. ausgestattete Zweijährigenprüfung. Die favorisierte Romanze enttäuschte völlig. Antilope siegte zuerst vor Peri, Tonnenfels und den übrigen. Letzter Wellenschaum, der sich am Start versäumte. Nach 100 Metern schob Peri mit Antilope auf und beide führten mit größerem Vorsprung bis in den Einlauf, wo Peri, leicht ausgerittelt, als Siegerin nach Hause zog. Die genauen Ergebnisse waren:

Eröffnungs-Rennen. 12 500 Mk. 1000 m. 1. Hauptgestüt Graditz Dichterin (Rostenberger). 2. Erda (Schmidt). 3. Wallearda (Fischer). Tot. 22:10. Pl. 12, 16, 36:10. Nupl.: Moena, Luftfahrt, Lerissa, Karin, Teilson. Sieger, ½ L. — Hals. — Vorsüßter

Rennen. 12 000 Mk. 1400 m. Hrn. Federmanns Fema (Kellebrandt). 2. Norne (Dreißig). 3. Armada (Kaiser). Tot. 46:10. Pl. 17, 13:10. Nupl.: Gemsjäger, Tulpe. Sieger, ¾—¾ L. — Preis von Lieberhof. 15 000 Mk. 2100 m. 1. Gest. Weils Liebesmahl (Schlüfke). 2. Bebmlinde (Kaiser). 3. Glückskind (Schmidt). Tot. 43:10. Pl. 16, 17, 14:10. Nupl.: Herzliebste, Sphinx, Algebra, Federnelke, Kampf, ½—Kopf. — Hamburger Criterium. 40 000 Mk. 1000 m. 1. Herrn v. Schlegels Peri (Schmidt). 2. Antilope (Zimmermann). 3. Libelle (Olejnik). Tot. 36:10. Pl. 16, 40, 41:10. Nupl.: Tannenfels, Wellenschaum, Sachsot, Romanze. Leicht, 1½—¾ L. — Hamburger Inster Rennen. 25 000 Mk. 2400 m. 1. G. Beits Winterfaat (Wüstefer). 2. Siegfried (Gmidt). 3. Königin v. Saba (Huguenin). Tot. 110:10. Pl. 21, 15, 18:10. Nupl.: Hersenier, Wackerbart, Seigneur, Goldkind, Panzer, Caracaller, Kampf, ½ L. — Kopf. — Alster-Hürdenrennen. 12 500 Mark. 2800 m. 1. Bebms Instrument (Gäbdke). 2. Wellenbrecher (Blüschke). 3. Seebrüge (Lüneberger). Tot. 57:10. Pl. 16, 18:10. Nupl.: Entscheidung, Nesi. Sicher, 1 — 10 L. — Herbst-Jagdrennen. 12 000 Mk. 3200 m. 1. Böhm und Dowbrowskys Gletscher (Rittm. v. Werdem). 2. Ophelia (Rittm. Brauns). 3. Lofette (Rittm. v. Platen). Tot. 18:10. Pl. 14, 28:10. Nupl.: Funkspruch, Canopus Glanz, Corinno. Kampf, Hals — ½ L.

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortliche Leiter: für den Handelsteil Dr. Hugo Prelsch, Berlin-Niederschönhausen; für den politischen Teil: Ernst Paul Steinhorn, Schöneberg; Reuters Dr. Richard Thiele, Schöneberg; für Kunst, Wissenschaft und den übrigen redaktionellen Teil Franz Kühpen, Berlin-Tempelhof, für den Inseratenteil verantwortlich: Heinrich Ringlewski, Berlin-Charlottenburg.

Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W. 8, Kronenstraße 37.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr: In den Bergen Tirols.

Winter-Garten.
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet.

Reichshallen-Theater.
7½ Uhr u. Sonntags nachmittag 3 Uhr
Stettiner Sänger
Nachm. ermäßigte Preise.

Reichshallen-Saal:
„Dönhoff-Brettl"
Anfang 7½ Uhr.
Sonntags 5 Uhr.
Neues Programm!
Montag, 29. 9.: Benefiz:
Gilton-Zerner.

Admirals-Palast
Internationale Boxwettkämpfe
in allen Gewichtsklassen um die Meisterschaften von Deutschland
Anfang 8 Uhr.

APOLLO
Friedrichstr. 218.
Dir. James Klein.
Täglich 7¾ Uhr,
Sonntags 3½ und 7¾.
12 Sensationen
Varieté-Programm.

Ankauf von Juwelen
Perlen, Smaragden usw.
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9.

Ankauf wertvoller Antiquitäten
ALTKUNST
G. m. b. H.*
Wilhelmstr. 40 A.
Zentr. 8495.

Börsenvertreter,
20 Jahre an der Börse tätig, 38 Jahre alt, sucht sich zu verändern. Angeb. unt. Y. 958 an die Geschäftsst. d. Ztg. (20691)

Jüngerer Buchhalter
(in) für bald gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung erbeten an (20692)
H. Woellner in Rauen.

Vertrauensstellung oder Beteiligung per 1. 1. 20 oder früher sucht
Bankfachmann,
32 Jahre alt, ledig, seit 1906 im Bankfach tätig und in allen Zweigen des Bankwesens erfahren (Aktuar, Sitzer). (20693)
Offerten unter Z. 4982 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kaufmann (20694)
m. prakt. Tätigk. im Bankfach u. Revisionsw., gut. Bankverständnis mittgl., 30 Jahr., vielf. geb., 1 Sem. Hochhandelsch., m. all. vorkom. Bureaucarb., Buchführungsart, Korresp., Mahnw., Mages., Lohn- u. Kassengesch. vertr., sucht dauernde Vertrauensstellung einzunehmen. Angebote unt. A. S. 424 an Rudolf Mosse, Magdeburg.

Große Posten lief.
Brennholz
Scheit und Rollen von ca. 8 cm aufw. stark, bis 2½ m lang in Kahn- und Waggonladungen mit sofortiger Lieferung beginnend ab Mähe Frankfurt a. O. abzugeben. — Höchstgebote per Raummeter frei Kahn oder frei Waggon Mähe Frankfurt a. O. erbeten an (20695)
Hankel, Rehm & Co.
G. m. b. H.,
Halle a. S.

Kunst und Wissenschaft

Konzerte.

Drei Orchester-Abende.

Auch die Weingartner-Konzerte haben nun ihren Anfang genommen, freilich einstweilen noch ohne Weingartner, der infolge von Verkehrsschwierigkeiten Wien nicht verlassen kann und daher die Leitung der ersten drei Konzerte in andere Hände geben mußte. An dem vorgestrigen ersten Abend schwang außer neuer Intendant, Generalmusikdirektor Max v. Schillings den Stab über den Philharmonikern. Ein Brahms-Abend: Nach der Akademischen Festouverture das Klavier-Konzert B-dur, mit Wilhelm Backhaus am Flügel, und als Schluß- und Hauptstück des Programms die erste Sinfonie (C-moll). Man hat diese Sinfonie schon oft von den Philharmonikern in bedeutenderer Ausführung gehört. Herr von Schillings scheint mit Brahms nicht viel Fühlung zu haben. Ein Hauch von akademischer Nüchternheit lag über der Aufführung, es fehlte der große Zug. Die für Brahms so charakteristischen Härten und Kanten der Musik wurden allzuscharf herausgehoben, während, was die einzelnen Sätze der Sinfonie an echt Brahmsscher Lyrik enthalten, seiner reichen Innerlichkeit zum großen Teil beraubt wurde, worunter naturgemäß die beiden Mittelsätze besonders litten. Besser fand sich der Dirigent mit dem Klavierkonzert ab, dem in Wilhelm Backhaus ein trefflicher Interpret gegeben war. In seiner Durchführung der Klavierstimme waren alle Höhen dieser aus dem Innersten einer genialen Künstlernatur geborenen Musik erstiegen, all ihre Tiefen ausgeschürft. Mit hinreißender Bravour und strahlendem Longlanz gab der Künstler die Außensätze des Konzerts wieder, den zarteren Stimmungen der Mittelsätze aber begegnete er mit weichem Anschlag und poesievollem Ausdruck. Stürmischer Beifall folgte seinem auch technisch hervorragenden Vortrage.

Dem vorgestrigen Brahms-Abend waren — ebenfalls in der Philharmonie — zwei Mahler-Abende vorausgegangen. Unter der Führung des Kapellmeisters Dr. Heinz Unger gelangte am Freitag Mahlers „Lied von der Erde" zur Aufführung, ein Werk, das den abgeklärtesten, weihevollsten Erzeugnissen des Mahlerschen Musikschaffens beigezählt werden darf. Mahler gibt sich hier sehr viel einfacher als in seinen großen Chorwerken. Der Chor ist ganz ausgeschaltet und neben dem Orchester nur den Einzelgesängen einer Tenor- und einer Altstimme Raum gegeben. Während die drei mittleren Gesänge auf den Ton eines geflötenen Frohsinns gestimmt sind, atmen die übrigen drei eine tiefe Schwermut, und besonders der letzte, „Abschied", das Hauptstück des Ganzen, muß mit seiner überquellenden Empfindung, seinem sanften Pathos jedem Hörer ans Herz greifen. Mit ihren gleichsam gegen den Strich gebogenen Intonationen bergen diese Gesänge, abgesehen von den drei einfachen Mittelstrophen, recht bedeutende Schwierigkeiten für den Sänger, dem das ganz selbstherrlich auf eigenen Wegen wandelnde Orchester nicht die geringste Stütze bietet. Es ist ein Singen, nicht mit dem Orchester, sondern gegen das Orchester. Zum Glück zeigten sich sowohl Waldemar Henke wie Ida Harth zur Lieden dieser Schwierigkeiten durchaus gewachsen, auch gelang es beiden, in den betreffenden Soli überall die jeweilige Grundstimmung der Musik voll und rein wiederzugeben. Ein Hauptverdienst an dem tief bewegenden Eindruck, den die Aufführung hinterließ, darf Dr. Heinz Unger beanspruchen. Er scheint der geborene Mahler-Dirigent zu sein: Wie er alles Gefühlsmäßige, alle Innerlichkeiten dieser Musik bis auf ihren tiefsten Kern auszudeuten versteht, so fehlt ihm auch nicht der impetuose Zug, ohne den einem Komponisten wie Mahler nicht beizukommen ist.

Was hier von Dr. Unger gesagt ist, gilt in der Hauptsache auch von Bruno Walter, der am Abend darauf Mahlers zweite, die sog. Auferstehungssinfonie, dirigierte. Auch er hat sich in Mahlers Denk- und Gefühlsweise eingelebt, auch er vermag dem Komponisten auf seinen besonderen Wegen mit vollstem Verständnis zu folgen und auch ihm fehlt es nicht an jener energischen Sinnlichkeit, die uns so vielen Sätzen der Mahlerschen Sinfonien zu uns spricht, so namentlich auch in den beiden Außensätzen der Auferstehungssinfonie, die aber trotz dieser stimmungsvollen Einzelzüge durch ihre ungeheuerliche Ausdehnung leicht ermüdend wirken können, besonders der Finalsatz, der erst mit dem Eintritt des Chors Stimmung und Bedeutung, schließlich sogar einen Zug ins Große erhält. Generalmusikdirektor Walter förderte mit seiner vorwärtsdrängenden, bei den lyrischen Episoden aber liebevoll verweilenden Führung alles ans Licht, was in der Mahlerschen Schöpfung an poetischen und auch an mystischen Stimmungen vorhanden ist. Der stilistische Chor ließ es weder an musikalischer Feinheit, noch an entsprechendem Ausdruck fehlen, und als Vertreterinnen der beiden Soloparthien, Sopran und Alt, wetteiferten Birgit Engell und Luise Willer, die vorher dem Abend durch die bewegte und bewegende Wiedergabe fünf Mahlerscher Orchester-Gesänge eine verheißungsvolle Einleitung gegeben hatten, miteinander an tonschönem und gefühlswarmem Vortrag.

—l.

— **Gerhart Hauptmann** hat sein „Hirtenlied" dem Deutschen Nationaltheater in Weimar zur Uraufführung übergeben. Der Dichter hat trotz mehrfach von den verschiedensten Seiten an ihn herangetretener Aufforderungen bisher immer die Erlaubnis zur Darstellung seines Fragmentes verweigert und hat erst jetzt seine Einwilligung dazu erteilt. Das Werk kommt im Laufe dieser Spielzeit zur Aufführung.

— **Eugen Rex, als Held** mancher zwerchfellerschütternden Posse oder Operette den Publikum bekannt, erwies nun in seinem „Heiteren Abend", der neben „Lustigen Dichtungen" von Hasse Zetterström und Rideamus fröhlich federnde melodiöse Lautenlieder brachte, daß er auch im Vortragsraum heimisch und so recht Hahn im Korbe ist bei einem Publikum, das die heitere Muse bevorzugt. Voll liebenswürdiger Grazie ist sein frohes Plaudern, voll Oberflächenhumor und witziger Pointierung; auch ist seine humorvolle Plauderart ganz aus eigenem Frohsinn und Spaßempfinden erwachsen, sodaß er es wirklich nicht nötig hätte, andere Humorsprecher zu kopieren, beispielsweise Senff-Georgi einige Gesten abzugucken. Treffsicher tönte Rex besonders den „kugen Idioten" von Rideamus, hier, wie überhaupt oft und gern jene berühmte Karikatur John Bulls zeichnend. Den „Amerikanischen Zahnarzt", der doch nicht mehr nur billiger Spaß ist, sondern schon zur sinnvollen Groteske, bizarren Verzerrung hinüberspielt, verflachte der Künstler vielleicht ein wenig. Die Lautenlieder — warum setzt sich jeder Lautensänger gewollt unbürgerlich auf den Tisch? — wurden von Rex mit, man möchte fast sagen: mädchenhafter Anmut gesungen; einige Naturlaute, das Lallen eines Betrunkenen, Schnarchtöne usw. dabei mit Glück dem melodiösen Gesang dienstbar gemacht.

gt.

— **„Die Marquise von Arcis"**, Karl Sternheims neues Bühnenwerk, das Anfang September am Schauspielhause Frankfurt a. M. zur Uraufführung kam, ist nach dieser Uraufführung durch Vermittlung des Drei Masken-Verlages von folgenden Bühnen zur Aufführung erworben: Berlin: Kleines Theater, Hamburg: Thaliatheater, Hannover: Deutsches Theater, Nürnberg: Kammerspiele, Köln a. Rh.: Stadttheater, Bonn: Stadttheater.

— **„Der Tod des Empedokles"** von Friedrich Hölderlin wird in der Bearbeitung von Wilhelm von Scholz aus Anlaß des bevorstehenden 150. Geburtstages Hölderlins am Schauspielhaus in Berlin, am Nationaltheater in München sowie am Hessischen Landestheater in Darmstadt in Szene gehen.

— **„Endlich!"**, burlesk-romantische Spieloper in einem Akt, Text und Musik von Edgar Istel, wurde vom Landestheater in Schwerin zur Uraufführung angenommen.

— **Die Präsidentenkrise im Oesterreichischen Bühnenverein** ist wieder beigelegt. Bekanntlich war Karl Forest vom Präsidentenposten zurückgetreten, weil er die weitgehenden Gagenforderungen der österreichischen Schauspieler nicht länger glaubte vertreten zu können. Nach seinem Rücktritt schloß sich das gesamte übrige Präsidium seiner Auffassung an und trat ebenfalls zurück. Darauf fanden neue Verhandlungen statt, die eine Reduzierung der Schauspielerforderungen als sicher erscheinen lassen. Das zurückgetretene Präsidium hat daraufhin zusammen mit Karl Forest seine Aemter wieder übernommen.

— **Die größte theatergeschichtliche Sammlung der Welt** ist durch ein Vermächtnis in den Besitz der Harvard-Universität gelangt. Es ist die Sammlung eines amerikanischen Kaufmannes Evert Jansen Wendell, der vor 35 Jahren mit ein paar zufällig gekauften Schauspielerphotographien den Grundstock zu einer riesigen Sammlung legte. Als er 1917 im Alter von 57 Jahren starb, hinterließ er die größte Menge von Büchern, Druckschriften, Zeichnungen und Photographien über das englische und amerikanische Theater, die wohl je von einem Privatmann zusammengebracht worden ist. Die Zahl der gesammelten Gegenstände beläuft sich auf etwa 2 Millionen; an Büchern und anderen Druckschriften zählt man etwa ¾ Million; 400 000 Theaterzettel sind vorhanden, 350 000 Photographien und ½ Million Manuskripte. Besondere Sammlungen beschäftigen sich mit Napoleon, mit Abraham Lincoln, mit New-York und anderen Gegenständen, die über das eigentliche Theaterthema hinausgehen. Da die Havard-Universität bereits eine andere große theatergeschichtliche Sammlung von Lowe besitzt, so verfügt sie gegenwärtig über ein Material, ohne dessen Kenntnis eine Geschichte des englischen und amerikanischen Theaters geschrieben werden kann. Wendell kaufte alles, was mit dem Theater zusammenhing, und bezahlte z. B. 500 Dollar für den früheren bekannten New-Yorker Theaterzettel.

— **„Deutsche Musikzeitung"**, Wochenschrift für die musikalische Welt. Unter diesem Titel erscheint am 1. Oktober d. J. im Verlage von Arthur Parrhysius, Berlin SW. 11, eine neue Musikzeitung. Dem gerade in jetziger Zeit so stark gewordenen Bedürfnisse entspringend, zur Vertiefung der ethischen Kultur des deutschen Volkes die Macht der Kunst in erhöhtem Grade heranzuziehen, wendet sich die „Deutsche Musikzeitung" an die gesamte musikalische Welt der deutschen Gaue, mögen sie zurzeit unter fremdem Einflusse stehen oder nicht. Das Blatt will damit auch gleichzeitig zur Erholung des geistigen Bundes zwischen den Gebieten deutscher Zunge und der gegenwärtig so schwer bedrohten Einheit des deutschen Volkes im politischen wie im kulturellen Sinne an ihrem Teile beitragen.

— **Aus den Theaterbureaus.** Im Opernhause heute „Rigoletto" mit den Damen Duz, von Scheele-Müller, Mencke und den Herren Kirchner, Schwarz, Habich, Kraus, Bochmann, von der Sande und Lücke. Dirigent: Kapellmeister Otto Urack. Anfang 7 Uhr.

Im Schauspielhause: „Die Journalisten" mit den Damen Steinstecf, Schön, Dora und den Herren Clewing, von Ledebur, Boettcher, Bespermann, Dr. Brud, Patry und Eichholz. Spielleitung: Albert Patry. Anfang 7 Uhr. — Theodor Becker wird am Freitag, den 3. Oktober, seine diesjährige Tätigkeit wieder aufnehmen, und zwar in der Rolle des „Coriolan".

In der am Freitag in der Kammerspielen des Deutschen Theaters stattfindenden Erstaufführung von Offtip Dymows „Rjn" sind die Hauptrollen folgendermaßen besetzt: Rjn: Johanna Terwin; der Gatte: Werner Krauß; Er: Alexander Moissi; Marie, die Kinderfrau: Margarethe Kupfer; der Vater: Siegmund Nunberg; die Mutter: Auguste Prasch-Grevenberg; Kommis aus dem Blumengeschäft: Paul Graetz. Dekorationen nach Entwürfen von Gustav Knina. Regie führt Felix Hollaender.

Die für heute in der „Tribüne" angesagte Uraufführung von Ernst Tollers „Die Wandlung" muß wegen Erkrankung von Fritz Kortner auf Sonnabend verschoben werden. In der Aufführung am Sonnabend wirken in den Hauptrollen mit die Herren Kortner, Jeßner, v. Meyering, Rocholl, Fürst, Gottowt, Brahm, Fischeisser und die Damen Kupfer, Eyser, Gorl, Wollan, Wojan, Bahn. Spielleitung Karlheinz Martin, Musik von Werner R. Heymann.

Im Deutschen Opernhause geht „Die Walküre" morgen 6 Uhr neueinstudiert in folgender Besetzung in Szene: Siegmund: Herr Kammersänger Ernst Kraus; Hunding: Herr Schöpflin; Wotan: Herr Kammersänger Reisinger; Sieglinde: Frau Zimmermann; Brünnhilde: Frl. Gottlieb; Frieka: Frl. Weber. Musikalische Leitung: Eduard Mörike.

Berthold Reißig vom Kleinen Theater, der im Berliner Theater bereits in der „Tollen Komtesse" eine komische Hauptrolle gespielt hat, ist von den Direktoren Meinhard und Bernauer als Gesangskomiker verpflichtet worden und tritt sein Engagement in der Rolle des Matsch in der Posse „Bummelstudenten" an, die am 1. Oktober im Berliner Theater zur Darstellung gelangt.

— **Bei der Fortsetzung der Lepkeschen Gemälde-Versteigerung** wurden noch weitere hohe Preise gezahlt, so für die beiden großen pompejanischen Darstellungen mit tanzenden und opfernden Mädchen von A. H. Schram, die einzeln versteigert wurden, zusammen 4800 Mk., für H. Oldes „Blick auf den Hafen von Hamburg" 1500 Mk., für E. Weichbergers „Waldinneres aus dem Park von Wiener" 850 Mk., für ein kleines Genrebild von Carl Steffeck „Ein Räuber führt einen Akt in die Gefangenschaft" 370 Mk. und für eine „Innenansicht auf der Insel Föhr" von Ferdinand Dorsch 270 Mk. Zwei große italienische Landschaften von Luise Begas-Parmentin „Mausoleum, von Zypressen umgeben" und „Landhaus mit Statue" erzielten zusammen 660 Mk., desgleichen zwei kleine Landschaften mit Waldbach und weidenden Vieh von Carl Priem 560 Mk., zwei kleine Ansichten von Venedig von Ascan Lutteroth 350 Mk. und zwei französische Militärkostüme von Horace Vernet 880 Mk. Eine „Landschaft mit weidendem Vieh" von A. van den Bynagaert brachte 560 Mk., „Dorfstraße mit Windmühle" von J. van Luppen 400 Mk., A. Knips „Sissenpinscher und Bologner Hündchen zusammensitzend" 460 Mk., eine „Norwegische Fjordansicht mit Dampfer im Vordergrunde" von H. Enfield 650 Mk., eine „Landschaft mit blühender Wiese" von Carl Priem 490 Mk., Paul Kaufmanns „Innere Ansicht mit Blick durch das Fenster auf eine Dorfstraße" 590 Mk., J. C. Kaisers „Liebespaar im Boudoir" 710 Mk. und eine „Partie aus dem Dachauer Moos mit Mondaufgang" von Richard Kaiser 610 Mk.

Gross-Berlin

Der neue Stadt- und Ringbahntarif.

Wie am 1. Oktober im Personen-Fernverkehr und im Güterverkehr auf den Eisenbahnen, so soll auch am 1. November im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr eine neue Erhöhung der Fahrpreise eintreten, nur soll die Erhöhung nicht wie im Fern- und Güterverkehr 50, sondern nur 30 pCt. betragen. Nachdem nunmehr diese Frage geklärt ist, sind auch die neuen genauen Fahrpreise für die Stadt- und Ringbahn festgesetzt worden. Die Sätze für die einfachen Fahrkarten, die wieder wie bisher nach Zonen ausgegeben werden, betragen vom 1. November ab

für die 1. Zone (bis zur 5. Station) 2. Kl. 30 Pf., 3. Kl. 20 Pf.,
für die 2. Zone (bis zur 8. Station) 2. Kl. 40 Pf., 3. Kl. 30 Pf.,
für die 8. Zone (ganze Stadt- und Ringbahn) 2. Kl. 50 Pf., 3. Kl. 35 Pf.

Hierbei ist das allgemeine Prinzip durchbrochen worden, die Erhöhung beträgt bei den einzelnen Preisen nicht ganz 30 pCt., zum Teil nur 25 pCt.

Die Preise für die Monatskarten werden ebenfalls um 30 pCt. erhöht. Sie betragen nach der Erhöhung

für die 1. Zone 2. Kl. 7,00 Mk., 3. Kl. 5,20 Mk.,
für die 2. Zone 2. Kl. 10,40 Mk., 3. Kl. 7,80 Mk.,
für die 3. Zone 2. Kl. 13 Mk., 3. Kl. 9,10 Mk.

Aus diesen Preisen lassen sich die Monatsarbeiterkarten leicht errechnen, die auch bei den neuen Preisen um 50 pCt. billiger sind als die Preise für die Stammkarten. Sie kosten also für die 1. Zone 3,70 bzw. 2,60 Mk., für die 2. Zone 5,20 bzw. 3,60 Mk. und für die 3. Zone 6,50 bzw. 4,60 Mk. An die Stelle der bisherigen Arbeiterwochenkarte tritt eine Wochenkarte 3. Klasse, die insofern eine Neuerung für den Berliner Verkehr bedeutet, als sie ganz allgemein zur Ausgabe gelangt und nicht auf einen kleinen Benutzerkreis beschränkt ist. Sie kostet für die 1. Zone 1,80 Mk., für die 2. Zone 1,70 Mk. und für die dritte Zone 2,30 Mk. Endlich gelangen noch Schülermonatskarten zur Ausgabe, die ebenfalls wieder in Zonen ausgegeben werden: 1. Zone 8 bzw. 2 Pf., 2. Zone 3,00 bzw. 2,00 und 3. Zone 5 bzw. 3,30 Mk.

Vergleiche mit den Tarifen der übrigen Verkehrsmittel ergeben zwar keinerlei Abweichungen mit den Fahrpreisen der Einfahrkarten, die bei der Stadtbahn und auch bei der Untergrundbahn etwa gleich sind. Dagegen weisen die Preise für die Monatskarten einen sehr bedeutenden Unterschied auf, bei dem Abonnement für eine Linie zahlt man bei der Stadtbahn heute 15,00 Mk., während die Monatskarte für die ganze Stadt- und Ringbahn nur 9,10 Mk. kosten wird.

— **Die Zahl der Erwerbslosen** betrug Ende der letzten Woche in Berlin 86 522 (87 269 in der Vorwoche), in Charlottenburg 7067 (7186), in Neukölln 12 167 (12 676), in Berlin-Schöneberg 1970 (2077), in Berlin-Lichtenberg 4570 (4522), in Berlin-Wilmersdorf 1964 (1951), zusammen 113 700 (116 301), ferner in den zum Lebensmittelverband Groß-Berlin gehörigen größeren Orten der Landkreise Teltow und Niederbarnim zusammen rund 9200 (9600).

— **Gültigkeitserklärung der 50 Pfennig-Stadtkassenscheine.** Nach einer Bekanntmachung des Magistrats Berlin im Anzeigenteil der heutigen Nummer werden die 50 Pfennig-Stadtkassenscheine, deren Einziehung am 1. Oktober d. J. erfolgen sollte, bis zum 30. Juni 1920 im Verkehr belassen.

— **Erhaltung des Hochmoores am Grunewaldsee.** Befürchtungen wegen Erhaltung der mit einigen Grunewaldseen in Verbindung stehenden Hochmoore, die besonders für botanische und geologische Forschungs- und Lehrzwecke von fast unersetzlicher Bedeutung sind, wurden in letzter Zeit von wissenschaftlicher Seite und in der Presse zum Zusammenhang mit den vom Verband Groß-Berlin ausgeführten Notstandsarbeiten ausgesprochen. Syndikus Dr. Schumacher und Forstmeister von Rathusius von der Verbandsverwaltung führten deshalb gestern eine Kommission namhafter Gelehrter, die unter Vorsitz von Professor Moewes von der staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege stand, über das Hochmoor am Grunewaldsee. Die Kommission stellte insbesondere auch nach einem Gutachten von Prof. Dr. Clausen von der Biologischen Reichsanstalt in Dahlem fest, daß eine Gefahr für die Erhaltung des Moores und seiner Flora zurzeit nicht besteht. Dr. Schumacher gab für die Verbandsverwaltung die Erklärung ab, daß Veränderungen an den Moorsäulen nicht beabsichtigt seien und daß bei allen in Zukunft etwa notwendigen Arbeiten zuvor ein Gutachten der staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege eingeholt werden würde.

— **Paket- und Geldbriefannahme an Sonntagen.** Vom 28. September ab werden an Sonn- und Feiertagen in Berlin angenommen: 1. Gewöhnliche Pakete nur noch von den Postämtern N 4 (Stettiner Bahnhof und Invalidenstr. 23), W 9 (Potsdamer Bahnhof und Linkstr. 4/5), SW 11 (Anhalter Bahnhof und Bahnhofstr. 2a), O 17 (Schlesischer Bahnhof und Fruchtstr. 8—10), O 34 (Petersburger Str. 80), SO 36 (Görlitzer Bahnhof und Wiener Str. 33a), NW 40 (Lehrter Bahnhof und Invalidenstr. 79), NO 55 (Marienburger Str. 18/19) und N 58 (Eberswalder Str. 6—8); 2. Wertpakete und Geldbriefe nur noch von den Postämtern C 1 (Königstr. 60 und Spandauer Straße 13/14), N 4 (Stettiner Bahnhof und Invalidenstr. 23), W 9 (Potsdamer Bahnhof und Linkstr. 4/5), SW 11 (Anhalter Bahnhof und Bahnhofstraße 2a), O 17 (Schlesischer Bahnhof und Fruchtstraße 8/10), SO 36 (Görlitzer Bahnhof und Wiener Straße 33a) und NW 40 (Lehrter Bahnhof und Invalidenstraße 79). 3. Das Postamt C 2 (Königstraße 61/62a, Heiligegeiststr. 24/33 und Kleine Poststraße 8/13) nimmt dringende Pakete nach wie vor an. In Charlottenburg und Berlin-Lichterfelde werden an Sonn- und Feiertagen gewöhnliche und Wertpakete sowie Geldbriefe nur noch von den Postämtern Charlottenburg 1 (Berliner Straße 62/64) und Berlin-Lichterfelde 1 (Bismarckstraße 2/3) angenommen.

— **Notstandsbestimmungen über die Entnahme von Elektrizität.** Die Kohlenstelle Groß-Berlin macht zur Behebung von Zweifeln darauf aufmerksam, daß die durch die Bekanntmachung des Kohlenverbandes Groß-Berlin unterm 3. September d. J. erlassenen Notstandsbestimmungen für alle in der Bekanntmachung bezeichneten Betriebe Geltung haben, gleichviel ob dieselben Elektrizität aus einem öffentlichen Werk oder aus einer Eigenanlage (Blockstation) entnehmen oder endlich dieselbe ganz oder teilweise selbst erzeugen. Es ist hierbei auch ohne Belang, ob die Erzeugung der Elektrizität unter Verwendung von Kohle oder irgend eines anderen Kraftstoffes (Benzin, Benzol, Treiböl und dergl.) erfolgt.

Gerichtssaal

Die Kämpfe in Neukölln vor Gericht.

Nach Verlesung der Anklageverfügung erklärt der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Rehse, daß er möglicher Weise in Bezug auf einige Angeklagte zu einer anderen Rechtsauffassung kommen werde, als der Verfasser der Anklage. So werde er möglicher Weise fallen lassen die Strafbarkeit aus dem Belagerungszustands-Gesetz, ferner die Annahme, daß die Straftaten „im Felde" begangen sind. In einigen anderen Punkten werde sich vielleicht eine Änderung der rechtlichen Gesichtspunkte ergeben.

R.-A. Dr. Weinberg bestritt die Zuständigkeit des Gerichts, indem er ausführte, daß die republikanische Soldatenwehr keine militärische Formation sei und es sich also nicht um Personen des Soldatenstandes handele. R.-A. Bönheim schloß sich diesen Ausführungen an. Das alte Heer sei am 9. November aufgelöst, diejenigen, die später den freiwilligen Verbänden sich anschlossen, taten dies nicht auf Grund ihrer Militärpflicht, sondern taten dies auf Grund eines vertraglichen Verhältnisses, etwa wie die Nachtwächter oder die Mitglieder der Einwohnerwehr u. dergl. Auch die R.-A. Neumann und Dr. Herzfeld vertraten die Ansicht der Mitverteidiger. — Anklagevertreter K.-G.-R. Rehse gab zu, daß die angeschnittene Frage nicht ganz ohne Zweifel sei. Das Kommandantur gericht habe in ständiger Rechtsprechung die Zuständigkeit bejaht und zwar mit Recht. Die republikanische Soldatenwehr werde aus Heeresbeständen verpflegt, sei der Kommandantur angegliedert und erhalte von dort ihre Löhnung. Es sei nicht richtig, daß das aktive Heer als solches mit dem 9. November völlig aufgehört habe. Die Angeklagten haben freiwillig die Dienstverpflichtungen von Heeresangehörigen übernommen und das Militärstrafgesetz sei in vollem Umfange auf sie anzuwenden.

Nach langer Beratung verkündete der Vorsitzende, daß sich das Gericht für zuständig erkläre. Das Gericht habe die Frage sehr eingehend geprüft. Es sei unrichtig, daß mit der Verschlagung des Heeres und der Verfassung das Militär aufgehört habe zu existieren. Es war eben ein zerschlagenes Heer, bei dem bezüglich der Soldaten darauf geachtet wurde, daß sie Disziplin hatten und daß die Militäreigenschaft der einzelnen Leute erst mit den ordnungsmäßigen Entlassung aufhört. Auch die Einwände bezüglich der Verfassung treffen nicht zu. Der Staat habe als Staat nicht aufgehört zu existieren, nur die Vertreter des Staats haben gewechselt, es hat also einen organisierten Staat gegeben. Sobald die republikanische Verfassung sich befestigt hatte, war die Möglichkeit gegeben, eine Heeresmacht aufzustellen, um die Regierung zu schützen. Da habe sich die republikanische Schutzwehr durch Volkes Willen gebildet, die Schutztruppe habe sich organisiert, sie erhielt ihre Verpflegung und Löhnung aus Heeresbeständen. Sie ist als Militärtruppe organisiert und untersteht deshalb dem Militär-Strafgesetz. Bezüglich des Angekl. Schirmer, von dem festgestellt wurde, daß er schon am 4. November von Depotführer entlassen worden war, erklärte sich das Gericht für unzuständig.

Zur Verhandlung kamen gestern nur zwei untergeordnete Fälle der militärischen Unterschlagung, bei denen die Angekl. Schulz und Hafkin Frage kamen. Sie wurden in diesem Punkte vom Gericht freigesprochen. — Die Verhandlung wurde auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

MOBILIAR U. KUNSTGEWERBE

Zimmereinrichtungen u. Einzelmöbel

Silbergerät, Teppiche, Gemälde, Bronzen, Porzellan, Kristall, Waffen, Harmonium usw.

Katalog 1834

Ausstellung: Sonntag u. Montag, den 28. u. 29. September, 10—2 Uhr

Versteigerung: Dienstag bis Freitag, den 30. Septbr. bis 3. Oktober, 10—2 und 4—7 Uhr

RUDOLPH LEPKE'S Kunst-Auctions-Haus

Berlin W. 35, Potsdamer Str. 122a/b

(20693)

Bankbeamter, 27 Jahre alt, 10 Jahre Vertrauensposten innegehabt, bilanzsicher, mit Börsengeschäften vertraut, in selbständiger Stellung, sucht zum 1. X. 19 geeignete Stellung, eventuell auch außerhalb. Gefällige Angebote erbeten unter W. 960 an die Geschäftsst. d. Bl. (20692)

Bekanntmachung.

Die **Fünfzigpfennig-Stadtkassenscheine,** welche vom 1. Oktober ds. Js. ab zur Einziehung gelangen sollten, werden **bis zum 30. Juni 1920** im Verkehr belassen.

Berlin, den 23. September 1919.

Magistrat.

Reicke.

(20694)

Handelsnachrichten

Deutschlands kritische Finanzlage.

Ueber die von uns kürzlich erwähnte vertrauliche Konferenz der deutschen Finanzminister bringt eine hiesige Korrespondenz folgende Mitteilungen:

Zu der vertraulichen Konferenz der Finanzminister erfahren wir, daß Maßnahmen zur Verhütung des Staatsbankerotts besprochen wurden. Da die Reichsbank außerstande sei, die ausgegebenen Banknoten mangels geeigneter Deckung einzulösen, bliebe als einzige Möglichkeit zur Beschaffung vollwertiger Zahlungsmittel, an Stelle der für das Reich unmöglichen Goldwährung eine Güterdeckung einzuführen. Dadurch könnte der Markkurs allmählich auf die normale Höhe gebracht werden. Der Kurssturz der gegenwärtigen Banknoten sei nicht aufzuhalten, auch nicht durch eine Hilfe des Auslandes, die nur gegen hypothekarische Sicherheiten erfolgen würde, wodurch der ganze deutsche Besitz dem Auslande ausgeliefert werden müßte. Es soll auch eine Konvertierung der Kriegsanleihen zwecks einer Entschuldung im Innern in Erwägung gezogen sein. Jedenfalls sei die Erkenntnis zutage getreten, daß mit halben Maßnahmen nichts zu erreichen sei, sondern daß nur eine radikale Neuordnung unseres Finanzwesens den Untergang Deutschlands verhüten kann.

Wir glaubten, diese Meldung unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, da sie in auffälliger Weise mit den Ausführungen übereinstimmt, die der Leitartikel des Handelsteils der letzten Sonntagsausgabe der B. B.-Z. enthält. In diesem Artikel wurde die Reichsfinanzverwaltung und insbesondere die Reichsbank geradezu apostrophiert, um sie zu irgend welchen entscheidenden Entschlüssen zu veranlassen. Wenn, wie wir annehmen zu können glauben, die Mitteilungen des Korrespondenten den Tatsachen entsprechen, so können wir es nur billigen, daß in der Konferenz der Finanzminister endlich einmal offen bekannt worden ist, in welch fürchterlicher Verfassung sich unsere Finanzen befinden, und es ist durchaus anzuerkennen, daß die leitenden Finanzmänner den Mut haben, auch vor radikalen Maßnahmen nicht zurückzuschrecken. Denn nur solche können uns aus dem bestehenden Finanzelend herausbringen. Man braucht sich auch nicht zu scheuen, in diesem Zusammenhange das Wort Staatsbankrott auszusprechen. Nichts wäre in einer derartig kritischen Lage, wie wir sie zurzeit haben, törichter und verhängnisvoller, als eine Beschönigung der wahren Zustände. Erfreulicherweise hat auch der Reichsfinanzminister Erzberger in seinen gestrigen Ausführungen im Ausschuß der Nationalversammlung anläßlich der Beratungen über das Umsatzsteuergesetz (vgl. die gestrige Abendzeitung) kein Hehl daraus gemacht, daß unsere Finanzlage direkt trostlos ist und radikale Maßnahmen nicht zu vermeiden sein werden.

Die Sanierung der Landbank.

Der Anschluß an die Neuland A.-G.

Die Beschlüsse der gestrigen ordentlichen Generalversammlung der Landbank in Berlin sind unseren Lesern bereits bekannt. Die Verhandlungen nahmen folgenden Verlauf: Der Vorsitzende Dr. von Schwabach gab zunächst eine Erklärung für die verspätete Einberufung der Generalversammlung ab. Diese sei darin zu suchen, daß wegen der Umwandlung der Bank in eine gemeinnützige Gesellschaft und wegen des Anschlusses an ein bereits bestehendes derartiges Unternehmen Verhandlungen schwebten, die sehr lange Zeit in Anspruch nahmen und selbst bis zur Einberufung dieser Generalversammlung noch nicht vollständig beendet waren. Eine Einberufung der Generalversammlung vor Abschluß dieser Verhandlungen hätte nicht im Interesse der Aktionäre gelegen, da man entweder über die Pläne hätte vollständig schweigen müssen oder es hätte in den Kauf nehmen müssen, daß sie, einmal der Oeffentlichkeit bekanntgegeben, gescheitert wären. Nach Ansicht der Verwaltung aber werden die nunmehr zu einem Abschluß gekommenen Verhandlungen und die daraus entstandenen Anträge, falls sie zum Beschluß erhoben werden, der Bank von großem Nutzen sein. Redner ging alsdann dazu über, die Gründe für die mit 5 Mill. Mark ausgewiesene Unterbilanz ausführlich anzugeben. Er betonte: Schon geraume Zeit vor dem Kriege haben die Geschäfte der Bank unter der Ungunst der Zeitverhältnisse zu leiden gehabt, insbesondere sei die gesetzliche Bestimmung sehr hinderlich gewesen, daß die Obertragung von Landgütern durch Einspruch einer Behörde wieder rückgängig gemacht werden konnte. Während des Krieges haben die Geschäfte zeitweilig ganz gestockt, insbesondere hat die Bank neue Geschäfte wegen des damit verknüpften Risikos nicht übernommen. Auch aus den noch schwebenden Geschäften konnten Gewinne in Höhe der Friedenszeit in keinem Falle erzielt werden, weil der Krieg im Verein mit den durch ihn veranlaßten behördlichen Verordnungen die Verwaltung daran hinderte, ihr Programm durchzuführen. Dies besteht bekanntlich darin, Güter und zwar meistens solche, die in der Kultur zurückgeblieben waren, aufzukaufen und sie so schnell wie möglich und zwar nach Hebung der Kultur durch Anwendung reichlicher Düngemittel, durch Anlegung von Drainage, durch Verbesserung und Vermehrung des toten und lebenden Inventars mit Gewinn zu verkaufen. Solche Verbesserungen durchzuführen, war während des Krieges nicht möglich, teils aus Mangel an Personal, teils aus Mangel an dem erforderlichen Material und teils wegen des Bestehens von Bauverboten. Die während des Krieges getätigten Ankäufe der noch vorhandenen Grundstücke konnten naturgemäß aus diesen Gründen nicht mit so hohem Gewinn getätigt werden wie zu Friedenszeiten. Teils mußten sie ohne Gewinn abgestoßen werden. Der Friedensvertrag war für die Bank ein sehr harter Schlag. Wie bekannt, war das Hauptbetätigungsfeld für die Bank der Osten der Monarchie, von dem jetzt große Teile abgetreten werden müssen. Auf die hierdurch geschaffene Schlage müsse in der Bilanz unbedingt Rücksicht genommen werden, insbesondere sind auf Hypothekenforderungen im Osten große Rückstellungen nötig, da beispielsweise in Polen die Rückzahlung der Schuld in polnischer Mark geschieht und diese aus unerklärlichen Gründen gegenüber der deutschen Mark ein Agio von 25 % bedingt. Weitere Abschreibungen erfordern gewisse Beteiligungen. Zu denen gehört in erster Linie eine Beteiligung an einer Königsberger Terraingesellschaft, die die Bank schon seit mehr als 20 Jahren besitzt. Sie wurde genommen mit Rücksicht darauf, daß dem Osten und insbesondere der Stadt Königsberg eine große Entwicklung vorhergesagt wurde, was aber infolge des Friedensvertrages nunmehr zur Illusion geworden ist. Man werde vielmehr eher mit einer rückläufigen Bewegung in Königsberg zu rechnen haben, da aus politischen Gründen Danzig und Memel bevorzugt werden sollen. Endlich ist eine Rückstellung auf die Beteiligung an einer Strohaufschließungsgesellschaft erforderlich. Diese ging die Bank im Sommer 1918 ein und zwar mit einer reichen Firma, sie glaubt, daß die Kontrahentin dieser Vertrag nicht erfüllt hat und daher für die der Bank entstandenen Schäden haftbar ist. Wegen Rückzahlung dieser Summen ist eine Klage angestrengt, die noch in der Schwebe ist. Endlich seien Rückstellungen erforderlich für die in Holland und England aufgenommene Schuld, die Redner im Laufe der Aussprache auf mehrfaches Drängen auf 2½—3 Mill. Mark bezifferte. Die Schuld ist lange vor dem Kriege aufgenommen worden und die Bank war sehr glücklich, diese Anleihe zu sehr billigen Zinsen zu bekommen. In welcher Weise nun die Rückzahlung vor sich gehen wird, wisse man nicht, und es ist vorauszusehen, daß die Rückzahlung selbst noch sehr lange hinausgeschoben werden wird, da Weise der Rückzahlung internationale Verhandlungen gepflogen werden, die geraume Zeit in Anspruch nehmen werden, da es sich um eine sehr verwickelte Materie handelt. Nach neueren Zeitungsmeldungen soll bei Rückzahlung solcher Schulden der Friedenskurs der Mark zu Grunde gelegt werden, während das Reich die Differenz zwischen diesem und dem gegenwärtigen Stande der Valuta der jeweiligen schuldnerischen Gesellschaft vergüten würde. Immerhin steht man vor vollständig unklaren Verhältnissen, sodaß eine Rückstellung für diese Verpflichtung unbedingt geboten ist, deren Höhe Redner im Laufe der Aussprache auf wiederholte Anfragen auf über 3 Mill. Mark bezifferte.

In der sich hieran anschließenden Aussprache, die sich über 3 Stunden hinzog, hielten die zu Worte kommenden Aktionäre mit Vorwürfen gegen die Verwaltung nicht zurück. In erster Linie betonte ein Aktionär, daß die für die verspätete Einberufung abgegebene Erklärung nicht stichhaltig sei und zum mindesten könnte die Verwaltung von denjenigen Aktionären regreßpflichtig gemacht werden, die nach Ablauf der gesetzlich festgesetzten Frist für die Einberufung der Generalversammlung ihre Aktien erworben haben. Andere Aktionäre erhoben auch einen Vorwurf daraus, daß in früheren Geschäftsberichten die bei dem feindlichen Auslande kontrahierte Schuld niemals erwähnt worden sei. Auch hieraus dürfte eine Regreßpflicht hergeleitet werden können, da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß bei allgemeiner Kenntnis des Bestehens dieser Schuld der Aktienkurs die Bewegung nicht eingeschlagen hätte, die er im Laufe des vorigen Jahres genommen hat. Des weiteren hoben Aktionäre hervor, daß die Abschreibungen auf Debitoren, Wertpapiere und Grundstücke mit zusammen ¾ Mill. Mark keine rechte Erklärung finden. Überhaupt hinterließen die Ausführungen aller dieser Redner den Eindruck, daß nach ihrer Meinung die Unterbilanz künstlich herausgerechnet sei, was schon daraus zu schließen sei, daß die gegenwärtige Bilanz im Gegensatz zu den früheren sehr liquide ist, denn sie weist ein Bankguthaben von 1,8 Mill. Mark auf gegen 0 im Vorjahre und außerdem sind, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, Bankforderungen von 5,5 Mill. Mark der Bank zugeflossen. Aus diesen Erwägungen heraus verdichteten die Aktionäre ihre Ausführungen zu dem Antrage, die Generalversammlung zu vertagen und eine Kommission von Aktionären zu wählen, die in eine Prüfung der Notwendigkeit der Abschreibungen eintreten soll.

Von der Verwaltung nahmen nochmals Dr. von Schwabach und Dr. Mosler zu den Ausführungen der Aktionäre das Wort. Jener führte aus: Er sei der Meinung, daß die verspätete Einberufung der Generalversammlung durch seine Ausführungen hinreichend begründet ist. Das Bestehen einer Schuld im feindlichen Ausland bekanntzugeben, lag für die Verwaltung selbst in der letzten, im Juni 1918 abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung keine Veranlassung vor, wenn man bedenke, in welcher glänzenden militärischen Stellung sich Deutschland damals befand: Ob eine Regreßpflicht gegen das Reich daraus hergeleitet werden könne, daß die Schuld, die im Laufe des Krieges fällig war, infolge seiner Verordnungen nicht bezahlt werden konnte, mag dahingestellt bleiben und sei zum mindesten sehr zweifelhaft. Auch müsse man zunächst außer Acht lassen, ob das Reich überhaupt für diese Schadenersatz entschließe. Ist es aber der Fall, so würden hierdurch die jetzt vorzunehmenden Abschreibungen sich später in Reserven verwandeln, also den Aktionären zu Gute kommen. Für die Rückstellungen und Abschreibungen haben nur die der Bank nehmen werden. Aus allen diesen Gründen sei es auch unmöglich heute zu sagen, was im Falle einer Liquidation der Bank, die von einem Aktionär angeschnitten wurde, herauskommen werde.

Dr. Mosler erklärte, daß die Angriffe gegen die Verwaltung nicht gerechtfertigt seien. Schon in Friedenszeiten war die Tätigkeit der Bank durch die Umstellung des landwirtschaftlichen Grundgeschäfts in Siedelungsunternehmungen mit Anlehnung an Staat und Kommunen sehr beeinträchtigt, und es bestand die Gefahr, daß der private Unternehmer vollständig ausgeschaltet wurde. Während des Krieges bestand in den Jahren 1914 und 1915 keine Aussicht auf Geschäfte. Als dann später Nachfrage nach landwirtschaftlichen Grundstücken eintrat, war es ganz selbstverständlich, daß die Bank Geschäfte mit den ihr noch verbliebenen Grundstücken abschloß, zumal eine hohe Summe von Restkaufgeldern bestand, für deren Finanzierung Kredite in Anspruch genommen werden. Infolgedessen wurde durch den Friedensvertrag für die Bank beigeführt und es sei daher nicht Schuld der Verwaltung, daß die Bank jetzt in einer Unterbilanz von 5 Mill. Mark sich befindet. Sie habe vielmehr in jeder Hinsicht zu Gunsten der Aktionäre und auch schon vor dem Kriege habe sie gesehen, daß ein erspießliches Weiterarbeiten für die Bank auf der alten Grundlage nicht möglich ist. Aus dem Grunde habe man sich dazu entschlossen, die Gesellschaft in eine gemeinnützige Siedelungsgesellschaft umzuwandeln und außerdem sei man darauf bedacht gewesen, auf diesem neuen Betätigungsfelde sich einen Bundesgenossen zu suchen, den man in der Neuland A.-G. gefunden habe.

Wie der Vorsitzende hierzu noch weiter ausführte, habe sich die Verwaltung dewegen zu der Umwandlung entschlossen, weil keine Möglichkeit besteht, auf der alten Grundlage eine Dividende für die Aktionäre zu erzielen. Dagegen sei es für die Verwaltung außer allem Zweifel, daß bei erfolgter Umwandlung in eine gemeinnützige Gesellschaft und unter Anschluß der Bank an die Neuland A.-G. auch für die nichtbevorrechtigten Aktien eine angemessene Dividende wird herausgewirtschaftet werden können. Hierauf wurden die Abstimmungen und Wahlen vorgenommen, die das von uns bereits bekanntgegebene Ergebnis hatten.

— **Kölner Kurse für Auslandsnoten.** An der Kölner Börse wurden gezahlt pfund noten mit 104 ℳ (107½ ℳ), französische Noten mit 285 ℳ (292—295 ℳ), belgische Noten mit 285 ℳ (294—297 ℳ) und holländische Noten mit 920 ℳ (980—1000 ℳ) bezahlt.

— **Italienischer Zahlungsverkehr mit dem Auslande.** Wie die römische „Gazeta officiale" mitteilt, werden von jetzt ab nach dem Auslande keine Darlehnszahlungen oder Vorschußzahlungen seitens italienischer Firmen oder Privaten mehr ohne vorherige Entscheidung des Finanzministeriums erfolgen. Bei Uebertretungen ist von jeder einzelnen Operation 25 % der in Frage stehenden Summe als Strafe zu bezahlen.

— **Anleihe der Stadt Darmstadt.** Die von einer Bankengruppe übernommenen 10 Mill. Mark 4 % Anleihe der Stadt Darmstadt wurden zu 93 % freihändig verkauft.

— **Halle-Hettstedter Eisenbahn-Gesellschaft.** Die Generalversammlung genehmigte den dividendenlosen Abschluß und wählte neu in den Aufsichtsrat Bankier Johannes Schönemann, Berlin. Der Aufsichtsratsvorsitzende teilte mit, daß nach den Tariferhöhungen im April und Juli die Gesellschaft abermals eine Tariferhöhung beschlossen habe, doch bleibe es zweifelhaft, ob sie ausreiche, die außerordentliche Betriebsverteuerung auszugleichen.

— **Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Admiral in Hörde.** Die gestern nachmittag in Essen abgehaltene Gewerkenversammlung, in der 27 Gewerke 513 Kuxe vertraten, genehmigte den von der Verwaltung vorgeschlagenen Ankauf der Grubenfelder der Vereinigte Bickefeld Tiefbau und Klarenberger Erzstollen von der Gewerkschaft Graf Bismarck zum Preise von insgesammt 2 000 000 ℳ. Der Kaufpreis ist in vier Raten von je 500 000 ℳ am 5. September, 6. Oktober, 2. Dezember 1919 und 20. Januar 1920 zu zahlen. Außerdem wurde der Vorstand ermächtigt, ein weiteres kleineres Grubenfeld, das ebenfalls an Admiral grenzt, bis zum Betrage von 500 000 ℳ zu erwerben. Vom Vorstande wurde dazu ausgeführt: Wegen des Ankaufs der beiden Grubenfelder hätten schon seit langem Verhandlungen geschwebt. Auf dem Felde Klarenberg ständen etwa 27 000 000 to und auf dem Felde Bickefeld etwa 12 000 000 to Kohlen an, während der Kohlenreichtum Admirals etwa 8 bis 9 000 000 to betrage. Die Versammlung beschloß weiter die Einzahlung einer Zubuße von 2 500 000 Mark, wovon 1 000 000 ℳ am 1. Oktober 1919 und je 500 000 ℳ am 15. Dezember 1919, 15. Januar und 15. März 1920 eingezogen werden sollen. Die Verwaltung erklärte noch auf eine Anfrage, daß sie keinerlei Verkaufsverhandlungen führe.

— **Gewerkschaft Günthershall, Göllingen, Kalisalzbergwerk.** Der Grubenvorstand berichtet über das Betriebsergebnis im ersten Halbjahr 1919 wie folgt: „Nach einem Stillstand von rund drei Monaten, der durch die Stockung in der Kohlenzufuhr infolge des Streiks in den Kohlengruben hervorgerufen wurde, nahmen wir Anfang Februar den Förder- und Fabrikationsbetrieb wieder auf. Leider waren aber auch die Kohlenzufuhren im Februar und März so gering, daß wir den Betrieb nur im beschränktem Umfange durchführen konnten. In den Monaten April bis Juni trat in dieser Beziehung eine kleine Besserung ein, doch war die angelieferte Kohle teilweise von einer sehr geringen Qualität, sodaß sich verschiedentlich Betriebsschwierigkeiten ergaben. Der Absatz, der im I. Viertel des Jahres infolge der erwähnten Umstände sehr gering war, konnte im II. Vierteljahrauf eine einigermaßen befriedigende Höhe gebracht werden. Wir setzten ab: 15 791,10 dz K_2O Kainit 12—15 %, 2857,20 dz K_2O Kalidüngesalz 20—22 %, 256 dz K_2O Kalidüngesalz 30—32 %, 12 205,40 dz K_2O Kalidüngesalz 40—42 %, 8279,32 dz K_2O Chlorkalium. Die bedeutenden Aufwendungen für Löhne, Kohlen und Betriebsmaterialien bei vielfach unproduktiver Arbeit und den geringen Förderleistungen beeinflußten das finanzielle Ergebnis außergewöhnlich nachteilig, sodaß wir für die ersten sechs Monate des Jahres ohne Berücksichtigung von Abschreibungen einen Verlust von 98 919 ℳ aufzuweisen haben.

— **Geisweider Eisenwerke Aktiengesellschaft in Geisweid, Kreis Siegen.** Wie die „Rh. W. Ztg." meldet, soll die Dividende für das Geschäftsjahr 1918/19 mit 10 % vorgeschlagen werden. Im Vorjahre waren 23 % auf die Stammaktien und 30 % auf die Vorzugsaktien zur Verteilung gebracht worden.

— **H. Fuchs Waggonfabrik A.-G., Heidelberg.** Die Gesellschaft macht in ihrem Jahresbericht die Feststellung, daß die beträchtlichen Lohnaufbesserungen der gesamten Belegschaft eine ähnliche Verminderung der Arbeitsverlust herbeigeführt haben. Ueber die geschäftliche Lage wird mitgeteilt, daß reichliche Aufträge es ermöglichten, trotz der schwierigen, oft stockenden Baustoffbeschaffung, einen wiederum recht bedeutenden Umsatz zu erzielen. Die Verwaltung hat die Kapitalserhöhung um eine Million auf 4 Millionen Mark durchgeführt und im neuen Jahr die Hypothek von 500 000 ℳ zurückgezahlt. Ferner wurden eine Anzahl Grundstücke für die beabsichtigte Erweiterung erworben, denen inzwischen weitere Erwerbungen gefolgt sind. Bekanntlich sollen 22 % (i. V. 24 %) Gesamtdividende aus 1 074 040 ℳ (i. V. 1 285 087 ℳ) Reingewinn auf das erhöhte Kapital verteilt werden, was 880 000 ℳ (720 000 ℳ) erfordert. Außerdem werden für Beamten- und Arbeiterunterstützungen 20 000 ℳ (100 000 ℳ) zurückgestellt, 178 415 Mark (203 241 ℳ) Tantieme verteilt und den Beamten und Arbeitern 178 000 ℳ (89 000 ℳ) zugewendet werden. Im Vorjahre wurden noch der Badische Heimatdank und die Ludwigsdorff-Spende mit je 10 000 ℳ dotiert. In der Bilanz erscheinen die stark erhöhten Vorräte mit 4,20 (2,61) Mill. Mark, Außenstände und Bankguthaben mit 4,97 (4,20) Mill. Mark, Kriegsanleihe mit 1,0 (1,20) Mill. Mark, wogegen Kreditoren einschließlich Kriegssteuer 2,51 (2,20) Mill. Mark betrugen. Die vorliegenden und die zu erwartenden Aufträge gewährleisten für längere Zeit volle Beschäftigung; ohne Vorausagen zu machen, hofft die Gesellschaft doch die schweren Zeiten überwinden zu können.

— **Sunlichtgesellschaft von 1914 Akt.-Ges. in Mannheim.** Die Gesellschaft wird infolge der Steigerung der Unkosten, der Löhne sowie der Betriebsschwierigkeiten, die auf die schlechte Kohlenbelieferung zurückzuführen sind, voraussichtlich nicht in der Lage sein, für das Ende Juni abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende zu verteilen.

— **Jahlt Gesellschaft in Hamburg.** Die außerordentliche Generalversammlung, in der ein Kapital von 400 000 ℳ vertreten war, wählte für den verstorbenen Konsul von Hernsheim Direktor Kurt von Sydow zum Mitglied des Aufsichtsrats.

— **Hallescher Verkaufsverein für Ziegelfabrikate A.-G.** Auf der Tagesordnung der zum 14. Oktober cr. einberufenen ordentlichen Generalversammlung steht u. a. die Festsetzung der Verkaufs- und Verrechnungspreise für das Geschäftsjahr 1919/20, die Festsetzung der Gesamtlieferungsmenge für das Jahr 1919/20 und die Wahl zur Sachverständigenkommission gemäß § 3 Abs. 1 des Lieferungsvertrags.

— **Reichstextilaktiengesellschaft.** Der parlamentarische Ueberwachungsausschuß über die Reichstextilaktiengesellschaft trat am Dienstag im Reichsschatzministerium in Stärke von 7 Mitgliedern unter Vorsitz des Ministers Dr. Meyer-Kaulbeuren zu seiner ersten Sitzung zusammen. Eingeleitet wurde die Sitzung mit einer Reihe von Berichten der Sektionsvorstände der „Retag", welche sich im besonderen mit der zukünftigen Liquidation derselben und der Notstandsversorgung befaßten. Während die tatsächliche Liquidation sofort eingeleitet wird, soll die formelle mit dem 1. Januar 1920 beginnen. Der Ausschuß erklärt sich damit einverstanden. Ebenso damit, daß Bankdirektor Dr. Endemann zum Liquidator bestellt wird. Ebenso soll die Reichsbekleidungsstelle raschestens abgebaut werden. Während die „Retag" ausschließlich dem Reichsschatzminister unterstellt wird, soll eine dem Reichswirtschaftsministerium zu unterstellende, neu zu gründende Notstands G. m. b. H. die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Textilwaren unter Beteiligung des Reiches und der „Betag" durchführen. Der Vertreter der Deutsch-Demokratischen Fraktion, Abg. Hermann, Reutlingen, stimmt der formellen Regelung der Dinge zu. Redner führte aus, daß von der vor Monaten beschlossenen vorzugsweisen Berücksichtigung von Handwerk, Kleinhandel und Konsumgenossenschaften bei Verteilung der Heeresbestände an Textilien besonders in Süddeutschland, aber auch anderwärts, noch nichts zu bemerken sei. Bei den Versendungen aus den Lägern kommen grobe Unregelmässigkeiten vor, sodaß schon Lumpen als Kleiderstoffe geliefert worden seien, auch sei eine Arbeitsunlust der Lagerangestellten festzustellen, wie sie gewissermaßen nicht sein könnte, sodaß, wenn es so weiter gehe, die Verwertung der Lager noch Jahre lang dauern würde. Grundsätzlich müsse danach gestrebt werden, Baumwolle und andere Rohstoffe im Auslande einzukaufen, und nicht Fertigwaren, damit wir unserer Industrie Beschäftigung geben könnten. Nicht nur eine Einsicht in die Geschäftsführung der „Retag" sei notwendig, sondern besonders auch eine Besichtigung verschiedener Läger der „Retag" und der Heeresverwaltung. Zum Schluß fordert Abg. Hermann noch Auskunft darüber, was geschehen sei, um dem Reich den Schaden wieder zu ersetzen, der dadurch entstanden sei, daß z. B. von der „Wumba" große Bestände an Textilien zu billigen Preisen unter dem Marktpreis an wenige Großfirmen verkauft worden seien. Direktor Weibel gab darüber eine befriedigende Auskunft, wobei er aber betonte, wie schwer es z. B. der Blusen- und Wäscheverband den Behörden gemacht habe, um den unerlaubten Nutzen für das Reich wieder herauszubekommen. Der Ausschuß wird nunmehr mit seiner Tätigkeit beginnen und, falls das Reichswirtschaftsministerium zustimmt, auch die Notstandsversorgung in seinen Aufgabenkreis aufnehmen.

— **Actien-Verein des zoologischen Gartens zu Berlin.** Die Gesellschaft hat die Inhaber ihrer 4 % und 4½ % Teilschuldverschreibungen dreimal zu Versammlungen zwecks Beschlußfassung über Zinsherabsetzung und Aussetzung der Amortisationsauslosung, beides auf die Dauer von fünf Jahren, einberufen. Die drei Einberufungen sind vergeblich gewesen, da in keiner Versammlung zwei Drittel aller Teilschuldverschreibungen vertreten und die Versammlungen sonach nach Gesetz beschlußunfähig waren. Zurzeit ist die Gesellschaft noch imstande, ihren Verpflichtungen nachzukommen; weitere finanzielle Regelungen aber sind, soll die gegenwärtige Lage überwunden werden, ohne Verzug erforderlich und es bedarf zu solchen Regelungen unbedingt der Mitwirkung der Inhaber der Teilschuldverschreibungen. Die Verwaltung sieht sich daher in der Notwendigkeit, im November dieses Jahres abermals Versammlungen der Inhaber ihrer Teilschuldverschreibungen abzuhalten. Bei den außerordentlichen Verhältnissen wurde der Entschluß gefaßt, den am 1. Oktober d. J. fälligen Zinsschein der 4 % Teilschuldverschreibungen (die Zinstermine der 4½ % Teilschuldverschreibungen sind der 31. Dezember und 30. Juni) nicht zu honorieren. Die Verwaltung hat den dringenden Wunsch, sich im November dieses Jahres mit den Inhabern beider Kategorien von Teilschuldverschreibungen zu verständigen. Eine hierauf bezügliche Bekanntmachung werden wir in der heutigen Abendzeitung veröffentlichen.

Telegramme.

Leipzig, 24. September. **(Priv.-Tel.)** In Leipzig erfolgte heute die Gründung eines **Vereins Mittel- und Ostdeutscher Kohlengrubenbesitzer** zur Wahrung und Förderung gemeinsamer Interessen unter Ausschluß eigenen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes. Sitz der Vereinigung ist Leipzig.

Köln, 24. September. **(Priv.-Tel.)** Die heutige Warenbörse stand unter demselben Eindruck wie gestern. Sehr flottes Geschäft in Futtermitteln, Hafer bei weichenden Preise stark gefallen, 121 bis 125 ℳ pro 100 kg gegen 130 ℳ in der Vorwoche, Wiesenheu 52—56 ℳ, Kleeheu 59—65 ℳ, Roggenstroh gepreßt 13,50—14,50 ℳ. An der Effektenbörse kleine Umsätze in Berliner Handels-Gesellschaft und anderen Unternehmen. Kriegsanleihe 77¾. Börsenbesuch sehr stark.

Fremde Börsen.

Frankfurt a.-M., 24. September. **(Priv.-Tel.)** An der Abendbörse bewahrten Industrieaktien feste Tendenz. Von chemischen Werten zogen Badische Anilin 1½ % an (489), während Farbwerke Höchst mit 347½, Scheideanstalt mit 393½ sich etwas abschwächten. Holzverkohlung 234 plus 1 %, Elektro Deutsch-Uebersee konnten sich 6 % erholen (268). Es stellten sich Lahmeyer mit Plus 10 % (252), Gummipeter plus 6 % (219), Zellstoff Aschaffenburg plus 6 % (218½). Von Kaliwerten verloren Aschersleben 7 % (195), Deutsch-Luxemburg 144½ plus 1½ %, Gelsenkirchen gaben 1 % nach (176½), Buderus gewannen weiter 2 % (149). Kolonialwerte unregelmäßig. Neu-Guinea gaben 5 % nach (353), Otavi Genußscheine 180½ min. 1½ %. Im freien Verkehr wurden Deutsche Erdöl-Aktien zu höheren Kursen aufgenommen. Kanada, Steaua und Deutsche Petroleum lagen ruhig. Kriegsanleihe 77½. Mittelbank mit 156½ rationiert plus 1½ %.

Zürich, 24. September. **(Priv.-Tel.)**

Notierungen der Devisen-Zentrale.	23.	Amtliche 24.
Berlin	20,00	23,00
Wien	9,00	8,00
Prag	18,50	18,00
Holland	210,00	209,50
New-York	564,00	559,50
London	23,40	23,37
Paris	65,00	65,00
Italien	57,00	56,00
Brüssel	65,00	64,75
Kopenhagen	121,00	121,00
Stockholm	136,75	137,00
Kristiania	130,75	130,00
Petersburg	20	—
Madrid	105,50	105,50
Buenos Aires	238,00	237,00

Marktberichte.

— **Vom nord- und ostdeutschen Holzmarkt:** Die Nachfrage nach Schnittholz ist in letzter Zeit erheblich gestiegen, was darauf zurückgeführt wird, daß man in den Wintermonaten mit Verlademöglichkeiten aus den wichtigsten ostdeutschen Bezirken rechnet und sich beizeiten größere Vorräte sichern will. Insbesondere sind die Preise für Bauhölzer gestiegen, vor allem für Kanthölzer und parallel besäumte Ware, die heute unter 200 bis 210 ℳ je Kubikmeter ab Waggon Verladestation kaum zu haben ist. Für schwache Kanthölzer, vorzugsweise in den Abmessungen von 8/8 und 10/10 cm wurden bis 175 ℳ gezahlt. Dagegen ist die Nachfrage nach Balkenholz gering, und verschiedene Sägewerke bemühen sich, die Listen, die sie inzwischen eingeschnitten haben, abzusetzen. Ungeheuer groß ist die Nachfrage nach astreinen Seiten. Die Leistenfabriken sind stark beschäftigt, und vor allem fordern die Möbelfabriken im Rheinland und in Westfalen größere Mengen dieser Holzsorten an, um einen Ersatz für die fehlenden amerikanischen Sortimente zu finden. Schwellen sind sehr gesucht. Die Produktion leidet unter der Ungunst der Arbeitsverhältnisse und unter dem Mangel an Möglichkeiten, die Herstellung in den einzelnen Werken zu vergrößern. Eiche ist sehr gesucht. Vor allem werden die Schnittstärken unter 23 mm in großen Mengen angefordert. Für Dicklten von 7 und 10 mm fordert man heute 1000 bis 1400 ℳ je Kubikmeter je nach der Beschaffenheit der Blöcke und nach ihren Durchmessern. Am Weichselmarkt ist jetzt Ruhe eingetreten. Die letzten Partien von Rundholz, die noch im Thorner und Brahnauer Hafen lagerten, sind inzwischen verkauft worden. Ein neuer Export wird vor Mitte 1920 nicht erwartet. Infolgedessen sehen die Sägewerke am Weichselmarkt mit Besorgnis der weiteren Gestaltung der Verhältnisse entgegen und befürchten, ihre Betriebe nur teilweise im Kürftigen Winter aufrechterhalten zu können.

Rotterdam, 28. September. (Priv.-Tel.) Auf der soeben in St. Louis stattgefundenen amerikanischen **Baumwollauktion** wurden Clinchilla um 100 %, Schuppen um 25 % und Wölfe um 15 % höher als auf der letzten Aprilauktion bezahlt.

Familiennachrichten.

Verlobt:

Frl. Gertrud Büttner mit Hrn. Wilhelm Carl Lembmann (Grunewald). Frl. Ilse Behrend mit Hrn. Walther Siegfried Schmerkopff (Hannover). Frl. Paula Valentin mit Hrn. Leo Stiebel (Magdeburg). Frl. Elfe Bebt mit Hrn. Dr. Ludwig Frankenthal (Schöneberg). Frl. Elfe Pottfiger mit Hrn. Max Berdoß (Briesen). Frl. Frieda Thaler mit Hrn. Emil Weißenberg (Königsbütte). Frl. Judith Arctschiner mit Hrn. Ludwig Gerechter (Berlin). Frl. Alice Jastrow mit Hrn. Max Krüch (Stettin). Frl. Käte Bode mit Grn. Kurt Jacobs (Danzig). Frl. Ruth Levit mit Hrn. Hans Zappe (Königsberg).

Verehelicht:

Dr. Max Kinner mit Frl. Anna Michaelis (Berlin). Hr. Dr. Arthur Karsen mit Frl. Lotte Beeßen (Spandau). Hr. Georg Lieb mit Frl. Edith Grünfeld (Berlin). Hr. Dr. Ernst Hamburg mit Frl. Erna Silberberg (Berlin). Hr. Dr. Oscar Weigert mit Frl. Clare Buttermann (Halensee). Hr. Dr. Ernst Gerstenberg (Berlin). Hr. Dr. Julius Lowinsky (Berlin). Hr. George Becker (Berlin). Hr. Jaques Schlesinger (London). Hr. Louis Reiß (Grünwald). Hr. Ernst Schnappe (Grunewald). Hr. Ewald Schmidt (Frohnau).

Geboren:

Hr. Ritter von Lange (Kampf-Kreuz (Berlin). Hr. Dr. Johannes Rahmacher (Malchow). Hr. Franz Matthes (Tempelhof). Hr. Werner Meißner (Groß-Gandern). Hr. Dr. Friedrich Sprenger (Berlin). Hr. Dr. Julius Lowinsky (Berlin). Hr. George Becker (Berlin). Hr. Jaques Schlesinger (London). Hr. Louis Reiß (Grünwald). Hr. Ernst Schnappe (Grunewald). Hr. Ewald Schmidt (Frohnau).

Gestorben:

Hr. Bruno Lindner mit Frl. Anna Michaelis (Berlin). Hr. Dr. Arthur Karsen mit Frl. Lotte Beeßen (Spandau). Hr. Georg Lieb mit Frl. Edith Grünfeld (Berlin). Hr. Dr. Ernst Hamburg mit Frl. Erna Silberberg (Berlin). Hr. Dr. Oscar Weigert mit Frl. Clare Buttermann (Halensee). Hr. Dr. Ernst Gerstenberg (Berlin). Hr. Dr. Julius Lowinsky (Berlin). Hr. George Becker (Berlin). Hr. Jaques Schlesinger (London). Hr. Louis Reiß (Grünwald). Hr. Ernst Schnappe (Grunewald). Hr. Ewald Schmidt (Frohnau).